LANDTAG
SACHSEN-ANHALT
25
JAHRE
SPD
Landtagsfraktion
Sachsen-Anhalt

25 Jahre SPD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt

– Eine kleine Zeitreise –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

© Susie Knoll

Katrin Budde

25 Jahre Sachsen-Anhalt und 25 Jahre SPD-Landtagsfraktion! Das ist für uns Anlass und guter Grund, einen Blick zurückzuwerfen und uns zu erinnern, welchen langen Weg wir als Fraktion gegangen sind. Als der Landtag vor einem Vierteljahrhundert zusammentrat, gab es die SPD im Osten ein Jahr. Mit der Konstituierung des Landtages hatte die errungene Demokratie auch auf Landesebene endgültig staatliche Formen angenommen.

Unser Land Sachsen-Anhalt steht heute besser da als jemals zuvor. Wir sind in den letzten 25 Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Wer mit offenen Augen durch die Dörfer und Städte geht, der sieht, wie viel sich im letzten Vierteljahrhundert zum Guten verändert hat. Auch, wenn wir aufgrund des demographischen Wandels und ganz aktuell aufgrund der Flüchtlingsproblematik vor großen Herausforderungen stehen, bin ich der festen Überzeugung, dass Sachsen-Anhalt ein großes Potenzial hat und weiter an Attraktivität gewinnen kann.

Politik wird immer von Menschen gemacht. Ganz viele haben in den letzten 25 Jahren Verantwortung in der SPD-Landtagsfraktion getragen. Sie haben für die Interessen ihres Wahlkreises gestritten und zugleich versucht, das Große und Ganze im Blick zu behalten. Auch dafür gilt ihnen mein Dank.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir an diese Frauen und Männer, aber auch an besondere Ereignisse erinnern. Besonders danke ich meinen Vorgängern als Fraktionsvorsitzende, die bereit waren, in zum Teil sehr persönlicher Weise ihre Amtszeit zu schildern. Vom ersten Fraktionsvorsitzenden, Dr. Reinhard Höppner, der leider viel zu früh verstorben ist, haben wir Textbeiträge und andere Dokumente aufgenommen.

Die Broschüre lädt ein zum Stöbern, Schmunzeln und Erinnern.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Ihre Katrin Budde

1. Legislaturperiode 1990–1994

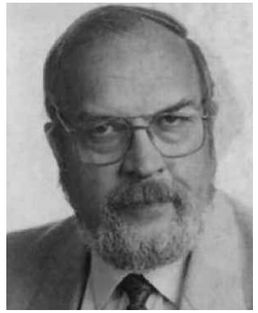
14. Oktober 1990: erste freie Wahlen in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Dr. Reinhard Höppner.
Die SPD erhält 27 Landtagsmandate bei 26,0 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Dr. Reinhard Höppner gewinnt für die SPD ein Direktmandat.

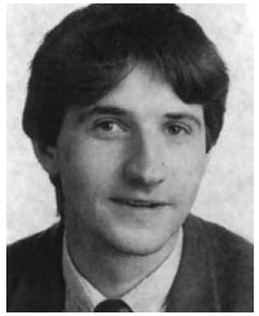
28. Oktober 1990: Konstituierung des Landtages in Dessau.
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion wird Dr. Reinhard Höppner.
Vizepräsident des Landtages wird Dr. Rüdiger Fikentscher.

17. Januar 1991: erste Sitzung im Landtagsgebäude am Domplatz in Magdeburg.

Wichtige politische Entscheidungen:
Abstimmung zur Hauptstadtfrage am 28. Oktober 1990 mit der Entscheidung für Magdeburg
Verabschiedung der Landesverfassung am 16. Juli 1992
Verabschiedung von insgesamt 200 Gesetzen

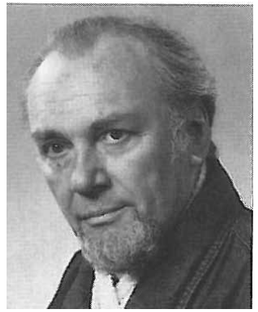
Die Abgeordneten

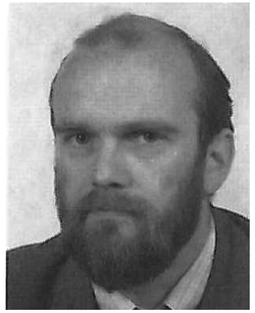


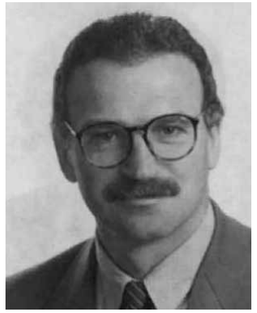


Lothar Biener
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Wolfgang Ernst
Thomas Felke
Dr. Rüdiger Fikentscher
Walter Fischer (†)
Rosemarie Hajek
Dr. Gerhard Hecht (†)
Dr. Reinhard Höppner (†)

Karl Köpke (†)
Lutz Kühn
Dr. Gerlinde Kuppe
Detlev Lehmann
Anette Leppinger
Elke Lindemann
Dr. Uwe Nehler (†)
Peter Oleikiewitz
Dr. Manfred Püchel
Karl-Heinz Reck
Dr. Helmut Rehhahn







Wolfgang Schaefer (†)
Tilman Tögel
Dr. Karl-Heinz Wolf

Walter Schindel
(† 21. 10. 1991)

Hermann Quien (†)
(Nachrücker für
Walter Schindel)

Kurze Gastrollen in der
SPD-Fraktion spielten:
Jürgen Angelbeck
(Okt. 1990 – Okt. 1991),
Bärbel Ballhorn
(Okt. 1990 – April 1992)

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums entstand ein Zeitzeugen-Projekt des Landtages von Sachsen-Anhalt, für das ehemalige Abgeordnete ihre Erinnerungen vor Kamera und Mikrofon zu Protokoll gaben. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Magazin des Landtages „ZwischenRuf“ 3/2010.

Zeitzeugen berichten ...

STREIT UM LANDESHAUPTSTADT. Schon vor der ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 wurde die Hauptstadtfrage heiß diskutiert: Halle, Magdeburg oder doch Dessau? Das war auch der Grund dafür, dass die konstituierende Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 28. Oktober 1990 in einem Provisorium stattfand – in der Dessauer Johann-Philipp-Becker-Kaserne der Bundeswehr. Abweichend von der Geschäftsordnung des Landtages wurde die Hauptstadtfrage als einzige Sachentscheidung in einer geheimen Abstimmung getroffen, die ansonsten nur Personalentscheidungen vorbehalten ist.

Konstituierende Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der 1. Legislaturperiode am 28. Oktober 1990 in der Dessauer Johann-Philipp-Becker-Kaserne.

Dr. Rüdiger Fikentscher stammt aus Halle und hätte sich sicher ein anderes Votum gewünscht. Im Nachhinein gab es ja manche Verschwörungstheorie über das Ergebnis pro Magdeburg. Doch die Erklärung Fikentschers stimmt mit der von Politikwissenschaftlern überein: Offensichtlich spielten Abgeordnete aus dem Umland von Dessau die entscheidende Rolle zu Ungunsten von Halle. Sie nahmen wohl gewissermaßen Revanche für die Benachteiligungen ihrer Region zu Gunsten der Stadt Halle als Zentrum des Bezirkes Halle in der DDR-Zeit. [...]

DREI MINISTERPRÄSIDENTEN. Der Landtag tagte noch sechsmal bis zum 20. Dezember 1990 in Dessau und zog dann nach Magdeburg um. In der ersten Sitzung wurde Dr. Gerd Gies (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt. Schon 1991 musste er nach kurzer Amtszeit wegen angeblicher Erpressung von Abgeordneten wegen deren Stasi-Vergangenheit zurücktreten. Ihm im Amt folgte der CDU-Politiker Prof. Dr. Werner Münch, dessen gesamtes Kabinett 1993 über die so genannte Gehälteraffäre stolperte. Und die kürzeste Amtszeit als Regierungschef schließlich hatte Dr. Christoph Bergner (CDU). [...]

GESETZE IM D-ZUG-TEMPO. Quasi im D-Zug-Tempo wurden in vier Jahren insgesamt 200 Gesetze verabschiedet, um die neue Ordnung auf solide Füße zu stellen. Etliche haben noch heute Bedeutung für das Land, andere wurden angepasst oder abgeschafft. [...]

WICHTIGER PUNKT DER DEMOKRATIE. Dr. Rüdiger Fikentscher – über viele Jahre SPD-Landesvorsitzender – ist sicher, „die meisten Parlamentarier wollten nicht selber unbedingt regieren. Dieses unbedingte regieren wollen, war da noch nicht so ausgeprägt. Also das Wort von Franz Müntefering [...], als er gesagt hat: Leute, Opposition ist Mist, lasst das die anderen machen, wohl wissend, dass man Jahre lang in der Opposition gute Vorschläge machen kann, kluge Reden halten kann, aber nichts bewirkt, das war am Anfang noch nicht so.“
Vielmehr sei 1990 die Freude, Parlamentarier zu sein und offen reden zu dürfen, sehr stark ausgeprägt gewesen. Diese Freude war ... „ein wichtiger Punkt in einer Demokratie.“

ICH WAR DAS KÜKEN. Die SPD-Abgeordnete Katrin Budde – Jahrgang 1965 – war damals eine der Jüngsten im Parlament. Die erste Regierungskrise mit Rücktritt von Ministerpräsident Dr. Gies empfand sie „nicht so dramatisch“.
„Es kann durchaus sein, dass das die Spitzen der Fraktion, ich gehörte ja damals nicht dazu, ich war das Küken, dass die das anders gesehen haben.“ Beim zweiten Wechsel sei das schon anders gewesen. „Da war mein Demokratieverständnis dann zu der Zeit doch schon ein anderes.“ Und es hätten Neuwahlen angestanden. [...]

TAGUNGEN AM DOMPLATZ. Zur ersten Sitzung im Gebäude am Magdeburger Domplatz trat das Parlament erst am 17. Januar 1991 zusammen, weil hier zuvor gebaut werden musste. So wurden zunächst nur die Häuser 6 und 7 genutzt. Die Aula der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft wurde der Plenarsaal. Aus ehemaligen Unterrichtsräumen entstanden Beratungszimmer. Erst nach der Generalsanierung wurden auch die Gebäude Nr. 8 und 9 am 7. Juli 1993 zur Nutzung an den Landtag übergeben. [...]

STERNSTUNDE MIT TIEFGANG. Als Höhepunkt der 1. Legislaturperiode wird von nahezu allen Abgeordneten die Landesverfassung genannt, die das Parlament am 16. Juli 1992 verabschiedete. „Das war schon eine geschichtliche Stunde, so eine Sternstunde, das hatte Tiefgang. Ich kann da nichts anderes sagen“, berichtet beispielsweise Katrin Budde. Schließlich war es vor allem den beiden Hauptakteuren Reinhard Höppner von der SPD und Curt Becker von der CDU gelungen, dem Land Sachsen-Anhalt eine ganz eigene Verfassung zu geben. „Das war eine echte Sternstunde und ... in einer Kombination übrigens, die es relativ selten gibt. Wir haben Grundrechte und dann haben wir Staatsziele“, bestätigt Höppner, der von 1994 bis 2002 als Ministerpräsident eines Minderheitenkabinetts das Land regierte. „Ich bin wirklich froh darüber, dass ich dabei gewesen bin.“ Es sei spannend gewesen und anstrengend. „Also insofern bin ich ein bisschen glücklich, dass das sozusagen ein Punkt in meinem Leben war, der dieses Leben wirklich spannend gemacht hat.“

Ab Januar 1991 tagte das Landesparlament in der Aula der ehemaligen Ingenieurschule für Wasserwirtschaft.

Festakt zur Verabschiedung der Landesverfassung für das Land Sachsen-Anhalt am 16. Juli 1992. Ministerpräsident Prof. Werner Münch, Landtagspräsident Dr. Klaus Keitel, Landtagsvizepräsident Dr. Rüdiger Fikentscher, Alterspräsident Heinz Hildebrandt und SPD-Oppositionsführer Dr. Reinhard Höppner (1. Reihe v.l.)

(Quelle: „ZwischenRuf 3/2010 – Das Magazin des Landtages von Sachsen-Anhalt.“ Text: Birgitt Pötzsch)

Die letzte frei gewählte Volkskammer der DDR war eine Schule in Sachen Demokratie

Auszüge aus einem Interview mit Dr. Reinhard Höppner im September 2009 im Rahmen des Zeitzeugenprojektes des Landtages von Sachsen-Anhalt

Wie ist aus Dr. Reinhard Höppner ein politischer Mensch geworden?
Mein Elternhaus, ein Pfarrhaus, war eines, in dem politisch relativ viel diskutiert und auch immer relativ offen geredet worden ist. Mich hat Politik und Politisches schon früh interessiert. Und ich bin sehr früh, schon 1972, in die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen gekommen, und dort ist natürlich auch immer politisch reflektiert worden über das, was in der DDR insgesamt passierte.
Ein entscheidender Grund, dass ich dann Politiker geworden bin, ist, dass ich zu DDR-Zeiten etwas lernen konnte, was man sonst in der DDR nicht lernen konnte, nämlich Demokratie.
Die evangelische Kirche war in ihren Strukturen so aufgebaut, wie man das heute von Kommunen kennt. Es gab auch eine Bundessynode, sprich ein Parlament für die DDR insgesamt, und in diesem Parlament der Kirchenprovinz Sachsen war ich Parlamentspräsident. Dort haben wir Anträge verhandelt, Geschäftsordnung gemacht, all diese Dinge. Und das wurde dann in der ersten frei gewählten Volkskammer natürlich gebraucht. So bin ich in die Politik gekommen und habe die spannendste Zeit der deutschen Nachkriegsgeschichte miterlebt.

Warum die SPD?
Das war für mich relativ klar. Die Themen von Gerechtigkeit und Solidarität, die für mich auch sehr christlich fundierte Themen sind, die finde ich in der SPD immer noch am besten aufgehoben.

Dr. Reinhard Höppner ist Volkskammervizepräsident. Sie treffen mit die wichtigsten Entscheidungen für die deutsche Einheit, für die Zukunft Deutschlands. Sie packen aber Ihre Sachen, kommen in die Provinz, nach Sachsen-Anhalt und werden Spitzenkandidat der SPD...
Das war im Grunde genommen vorgezeichnet. Dass ich mich – nach einigem Zögern – entschieden habe, im Lande zu bleiben, hatte einen Grund. Wir hatten ja erlebt, dass bis auf in Brandenburg und Sachsen-Anhalt in den anderen ostdeutschen Ländern Westimporte als Spitzenkandidaten gekommen waren, weil man dachte, Politiker aus dem Westen wären mehr Zugpferde als Politiker aus dem Osten, die ja in der Regel unbekannt waren.
Dieses Thema, wir müssen unsere Angelegenheit selber machen und wir dürfen nicht auf Import aus den westlichen Bundesländern setzen, das war für mich ein entscheidender Punkt.

Dr. Reinhard Höppner am 22. September 2009 beim Zeitzeugeninterview.

Die konstituierende Landtagssitzung in Dessau in einer Kaserne, Leute, die sich überhaupt nicht kannten, eine ganz bunte Truppe. Wie haben Sie das erlebt?
Das war natürlich alles neu und aufregend. Es waren im Landtag eine ganze Reihe von Abgeordneten, die vorher in der Volkskammer gewesen sind – Gerd Gies, Hans-Jochen Tschiche, Rüdiger Fikentscher, Gerlinde Kuppe – viele von diesen aktiven Leuten aus der Landespolitik haben ihre Schule in Sachen Demokratie und Parlamentarismus in dem halben Jahr Volkskammer bekommen. Das trifft nicht nur auf Sachsen-Anhalt zu, sondern auf alle neuen Bundesländer. Die Zeit der Volkskammer, wenn sie auch nur ein halbes Jahr war, ist im Grunde genommen der Grundstein gewesen für die parlamentarische Arbeit in den Ländern.

Die SPD-Fraktion war eine bunt gemischte Truppe. Wie führt man die denn zusammen?
Das ist eigentlich relativ schnell gelungen. Das ist eine Gruppe von 27 Leuten gewesen, und wenn man vier, fünf erfahrene Leute hat, dann ist das schon mal ganz schön. Und ich wusste ja auch, wie man das alles aufbauen und organisieren musste. Wir haben uns, glaub ich, relativ schnell gefunden, verschiedene Arbeitsgebiete verteilt und dergleichen mehr. Ich hatte jedenfalls den Eindruck, das ging ziemlich professionell.

Die 1. Legislatur war – gerade in der öffentlichen Wahrnehmung – auch mit geprägt durch „bunte Vögel“, durch Selbstbediener, durch Abtrünnige, die dann Fraktionen wechselten, neue Fraktionen und Gruppierungen aufbauten. Wie haben Sie das erlebt? War das nicht eigentlich die Karikatur der Demokratie, die Sie sich vorgestellt haben?
Also einerseits ja. Andererseits muss man sagen, die Parteien selber waren ja alle noch in einem Selbstfindungsprozess.
Wenn man sich mal überlegt, in welchem Tempo die Kandidaten im Jahre 1990 aufgestellt worden sind: Im August sind die Parteitage gewesen, also acht Wochen etwa, manchmal noch weniger vor den Wahlen. Und wenn sich keiner finden wollte, dann kam plötzlich irgendjemand aus dem Westen... Das heißt, eine gründliche Auswahl hat es an der Stelle nicht gegeben.
Diese ganzen Wechsel, die es dann gab, waren natürlich schmerzlich, aber die Parlamentsarbeit selber haben sie nicht wirklich durcheinander gebracht, zumal es in dieser 1. Legislaturperiode klare Mehrheitsverhältnisse gab.
Aber es hat damals einige Dinge gegeben, die haben ein bisschen das verdorben, was gute Politik ist. Nach dem Motto, Politik ist Theater.

Eine ganz spannende Frage, die dann in der 2. Legislatur noch spannender wurde: Ihr Umgang mit der PDS. Wie hat sich das entwickelt?
Es hat eine ganze Reihe von Dingen gegeben, wo wir festgestellt haben, dass PDS und SPD einer Meinung sind in der politischen Auseinandersetzung und in der Opposition. Dadurch ist bei aller Differenz eine gewisse Vertrautheit entstanden.
Im Grunde genommen waren der linke Flügel der SPD und viele aus der PDS politisch ziemlich gleicher Ansicht. Also viele Leute aus der PDS hätten wir einfach in die SPD übernehmen können. Diese Erfahrung hatten wir, darauf konnten wir aufbauen, weil wir wussten, die PDS würde uns nicht hinters Licht führen.

Sind Sie stolz darauf, damals dabei gewesen zu sein?
Stolz ist, glaub ich, nicht die richtige Kategorie. Ich bin wirklich froh darüber, dass ich dabei gewesen bin. Es war richtig spannend, übrigens auch richtig anstrengend. Und, ich glaube, ich habe wahrscheinlich die spannendsten 16 Jahre dieses Landes Sachsen-Anhalt erlebt.

Dr. Reinhard Höppner war von 1990 bis 1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt. Im Rahmen des Zeitzeugenprojektes des Landtages von Sachsen-Anhalt stand er den Journalisten Andreas Tempelhof und Michael Maack im September 2009 Rede und Antwort.
Dieses Interview fand Eingang in den Film „ Die Jahre des Aufbruchs – Zeitzeugen erinnern sich“, der kostenfrei beim Landtag bestellt werden kann.

Was soll, was muß eine Landesverfassung regeln?

Exklusivbeitrag für die „Volksstimme“

Von REINHARD HÖPPNER; Vorsitzender des Verfassungsausschusses im Landtag Sachsen-Anhalt

Eine Verfassung beschreibt, was der Staat tun darf und muß; nach welchen Regeln er aufgebaut ist und funktioniert. Sie begrenzt die Macht des Staates gegenüber einzelnen Bürgern und Menschengruppen. Sie setzt damit auch verbindliche Maßstäbe, indem sie festlegt, welche Rechte der Bürger so wichtig sind, daß der Staat sie nicht antasten darf; mehr noch, wo er dafür zu sorgen hat, daß Mitbürger durch ihr Verhalten nicht die Grundrechte anderer verletzen.

Reinhard Höppner

Die alte, sozialistische Verfassungsrealität nahm es mit den Grundrechten der Bürger nicht so ernst. Da war der Aufbau des Sozialismus, was immer man auch darunter verstand, das oberste Ziel. Und nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ konnte darunter ein riesiger Sicherheitsapparat aufgebaut werden, die Justiz ihre Urteile in die gewünschte Richtung biegen und eine Partei das ganze Land beherrschen. Daß dies alles nicht wieder passieren kann, dafür sorgt die neue Verfassung unseres Landes Sachsen-Anhalt.

Im Verfassungsausschuß des Landtages ist die Frage intensiv diskutiert worden, ob wir denn überhaupt eine so ausführliche Verfassung brauchen, wir haben doch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die dort beschriebenen Grundrechte gelten auch für uns. Nicht nur, weil fast alle Bundesländer auch Grundrechte in ihrer Verfassung haben, sondern weil wir in unserer Verfassung auch nachlesen wollen, welche Rechte die Menschen in Sachsen-Anhalt haben, welche Rechte sie also notfalls auch vor unserem Landesverfassungsgericht einklagen können, gibt es jetzt im Verfassungsentwurf einen ausführlichen Grundrechtskatalog. Das ist der erste und für die meisten Bürger der interessanteste Teil der Verfassung.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit „Staatszielen und Einrichtungsgarantien“. Hier sind Aufgaben für den Staat beschrieben; Aufgaben, die sichern sollen, daß jeder Bürger in seinem Staat Bedingungen vorfindet, die es ihm ermöglichen, sein Leben sinnvoll zu gestalten, denn darauf hat er ein Recht. Einige Rechte sind so elementar wichtig, daß der Staat Einrichtungen schaffen muß, die jedem Bürger die Möglichkeit geben, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen. Da ist z. B. das Recht auf Bildung. Damit jeder lernen kann, muß der Staat für ausreichend viele und gute Schulen sorgen.

Andere Rechte kann der Staat nicht so perfekt garantieren, z. B. das Recht auf Arbeit. Würde er das jedem Menschen garantieren, die ganze soziale Marktwirtschaft würde nicht funktionieren. Hier kann der Staat nur verpflichtet werden, eine Politik zu betreiben, die bei ihrer Umsetzung möglichst einen Arbeitsplatz für jedermann schafft.

Mit dem Aufbau von Parlament und Regierung befaßt sich ein dritter Teil. Er legt die Grundlagen für einen funktionierenden Parlamentarismus.

Ein letzter, zu Unrecht oft wenig beachteter Teil regelt den Aufbau und die Grundzüge von Verwaltung und Gerichtsbarkeit.

In weiteren Folgen dieser Artikelserie sollen die vier Abschnitte mit ein paar Besonderheiten vorgestellt werden.

Ausschnitt aus der Volksstimme vom 27. September 1991

Am 15. Juli 1992 beschloss der Landtag von Sachsen-Anhalt mit der überwältigenden Mehrheit von 80 Ja-, bei 19 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Zuvor wurde im Ausschuss für Verfassung unter der Leitung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhard Höppner ein Jahr lang gearbeitet, konstruktiv gestritten und nach Kompromissen gesucht.

Sozialdemokraten stehen zu ihrer Verantwortung

Auszüge aus der Rede von Dr. Rüdiger Fikentscher anlässlich der Verabschiedung der Landesverfassung in der Landtagssitzung am 15. Juli 1992

[...] Wir Sozialdemokraten standen von Beginn an vor der Frage, ob es richtig ist, sich auf Kompromisse einzulassen. Als Oppositionspartei wäre es natürlich auch möglich gewesen, sich zu verweigern, zumal von vornherein klar war, daß man bei Kompromissen auch Standpunkte hinnehmen muß, die nicht die eigenen sind. Die Alternative zu einer Verweigerung wäre gewesen, daß die CDU- und die F.D.P.-Fraktion die Verfassung allein gestaltet hätten. Die Möglichkeit unserer Mitwirkung wäre dann nicht mehr gegeben gewesen.

Spätestens bei kritischer Wertung des Verfassungsentwurfes der Koalitionsfraktionen war uns klar, daß wir das nicht zulassen dürfen. Eine Verfassung dieser Art muß sogar Sachsen-Anhalt erspart bleiben. Das sind wir unserem Selbstverständnis und den 26 % unserer Wähler im Lande schuldig. Von ihnen erhielten wir den Auftrag, sozialdemokratische Politik zu vertreten und einzubringen. Es mußte folglich unser Ziel sein, davon auch in die Verfassung soviel wie möglich einzubringen.

Allein daran, inwieweit uns dies gelungen ist, kann die Frage nach der Güte des Kompromisses gemessen werden. [...]

Bewertet man die Verfassung als Ganzes, so ist sie durchaus eine moderne Verfassung. Sie trägt der Erkenntnis Rechnung, daß die Freiheit des einzelnen nicht nur durch die Abwesenheit von staatlichen Eingriffen gewährleistet wird, sondern daß die Freiheit des einzelnen zugleich vielfacher Bedingungen bedarf, die durch den Staat geregelt werden müssen. Es gilt der Satz: Nur der Starke kann sich einen schwachen Staat leisten. Für den Schwachen muß der Staat etwas leisten, und zu dieser Aufgabe verpflichtet ihn unsere Verfassung.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Stärkung des Parlaments. Damit ist einer Erfahrung aus den alten Bundesländern Rechnung getragen worden, wo die Bedeutung des Landtages immer geringer geworden ist. [...]

Abgeordnete der SPD-Fraktion beim Festakt zur Verabschiedung der Landesverfassung am 16. Juli 1992 im Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg. Vorn in der ersten Reihe die Abgeordneten Katrin Budde, Dr. Manfred Püchel, Anette Leppinger und Wolfgang Ernst (v.l.)

Wir werden in der nun folgenden Abstimmung die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten verabschieden. Damit bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für das Land Sachsen-Anhalt und für die Gestaltung der Demokratie. Wir unterstreichen damit zugleich, daß unsere grundsätzliche Bereitschaft und Fähigkeit dazu, überall dort Verantwortung zu übernehmen, wo wir gebraucht werden und zum Nutzen der Menschen und der Gemeinschaft tätig werden können. Wir tun damit das, was Sozialdemokraten in ihrer langen Geschichte stets getan haben.

Eine Verfassung, die mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist und nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann, gibt nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch politische Sicherheit. Auch diese braucht das Land Sachsen-Anhalt.

(Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, Erste Wahlperiode – Plenarprotokoll 1/35 – 15.07.1992)

Dr. Rüdiger Fikentscher bei seiner Rede zur Verabschiedung der Verfassung.

Festakt zur Verabschiedung der Landesverfassung am 16. Juli 1992. Rechts im Bild Dr. Reinhard Höppner mit Alterspräsident Heinz Hildebrandt (FDP) (m.).

Von der Ingenieurschule zum modernen Landtagsgebäude

Auszüge aus dem Magazin des Landtages „ZwischenRuf“ 3/2010.

Mit der Entscheidung für Magdeburg wurde ein monatelang, teils kreativ, teils mit harten Bandagen ausgetragener Konflikt um die Hauptstadtwürde, die nur eine Facette der alten Rivalität zwischen Magdeburg und Halle ist, beendet.
Bereits im Vorfeld hatten beide Hauptkonkurrenten die Zusage abgegeben, geeignete Gebäude als Sitz des Landtages bereitstellen zu können. Magdeburg präsentierte zunächst das Gebäude der Bezirksparteischule der SED, dem man allerdings wegen seiner dezentralen Lage, der Bedingungen, das gesamte Personal der Parteischule mit übernehmen zu müssen, und natürlich auch aus grundsätzlichen politischen Erwägungen nicht nähertreten wollte. Daneben war dem Landtag das Gebäude am Domplatz 6/7 angeboten worden, wo 1954 der Grundstein für den ersten Neubau einer Ingenieurschule für Wasserwirtschaft in der DDR gelegt und u.a. als Gebäude Domplatz 6 ein Neubau errichtet worden war, der sich am barocken Nachbarhaus orientierte. Als Landtagspräsident Dr. Klaus Keitel, der CDU-Fraktionsvorsitzende Joachim Auer, der spätere Landtagsdirektor Lutz Gieseler sowie die Leiterin des Büros Landtag, Karin Pachulski, das Gebäudekarree am 20. Oktober 1990 besichtigten, entstand schnell die Vision, hier aus einer 300 Personen Platz bietenden Aula, Seminarräumen und Laboren im zur Elbe hin gelegenen Ostflügel, aus einer Sporthalle und einer Mensa mit 250 Sitzplätzen im zum Breiten Weg gelegenen Westflügel und aus dem Internatstrakt im Nordgebäude den dauerhaften Sitz des Landtages zu entwickeln. Alle Gebäude hatten im Zweiten Weltkrieg zum Teil erhebliche Kriegsschäden davongetragen und waren in den 1950er Jahren wiedererrichtet worden. Aber auch Demokratie wurde hier gelebt: Auf dem Domplatz demonstrierten in den Wendemonaten 1989 – aus dem nahen Dom vom Friedensgebet kommend – Tausende von Menschen. Eine provisorische Instandsetzung im Dezember 1990/Januar 1991 machte es schließlich möglich, dass der Landtag erstmals am 17. Januar 1991 in der Landeshauptstadt tagte, nachdem er sich insgesamt sechs Mal in Dessau versammelt hatte. Im Sommer 1991 sind dann in den provisorisch hergerichteten Plenarsaal eine Lüftungsanlage sowie ein in Kinosaalform gehaltener, bescheidener Zuschauerraum eingebaut worden. Erst im September 1992 konnte mit einer digitalen Telefonanlage mit Durchwahlmöglichkeit ein zentraler kommunikationstechnischer Mangel beseitigt werden. [...]

Insbesondere die Gestaltung des Plenarsaals als dem Herzstück eines jeden Landtagsgebäudes stellte in den nächsten Jahren eine besondere Herausforderung dar. Der notwendige Erhalt der denkmalgeschützten, weil aus Trümmern nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Außenmauer schloss zwar einen modernen, dem Zeitgeist entsprechenden echten Rundbau und eine nach außen gerichtete, moderne transparente Glas-Stahl-Konstruktion des Plenarsaals aus. Die von der Arbeitsgemeinschaft der Architekten Kirchner und Przyborowski aus Magdeburg sowie Lindemann und Thamm aus Braunschweig ersonnene Lösung einer gekrümmten Glasfront zum Innenhof verfehlt aber dennoch ihre Wirkung nicht. [...]

In knapp zwei Jahrzehnten ist so das Landtagsgebäude unter Einschluss der Häuser Domplatz 8/9 in mehreren Bauabschnitten zum heutigen modernen und barrierefreien Parlamentssitz entwickelt worden, der sich hinter seiner bürgerlich-barocken Fassade durch ein modernes, in bester Bauhaustradition stehendes funktionales Design, aber auch durch seine schlichte Eleganz auszeichnet. [...]

(Quelle: „ZwischenRuf 3/2010 – Das Magazin des Landtages von Sachsen-Anhalt.“ Text: Dr. Torsten Gruß)

Provisorisch hergerichteter Plenarsaal im Februar 1991.

Plenarsaal im September 1991 nach Einbau des Zuschauerraumes.

Aula der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft, heutiger Plenarsaal.

Plenarsaal heute.

Luftaufnahme vom Landtagsgebäude.

Innenhof des Landtages.

2. Legislaturperiode 1994–1998

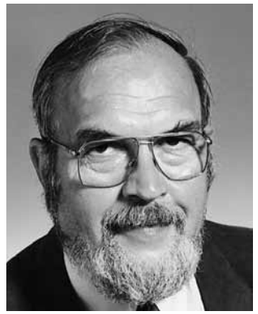
26. Juni 1994: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Dr. Reinhard Höppner.
Die SPD erhält 36 Landtagsmandate bei 34,0 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Die SPD gewinnt 15 Direktmandate.

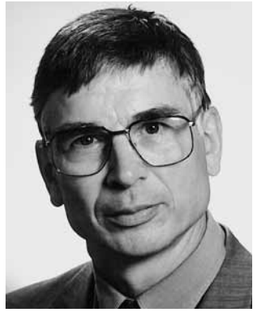
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion wird Dr. Rüdiger Fikentscher.
Vizepräsident des Landtages wird zunächst Ingrid Häußler, nach deren Ausscheiden im Mai 1995 Dr. Karl-Heinz Wolf.

Ministerpräsident wird Dr. Reinhard Höppner in einer rot-grünen Minderheitsregierung, bekannt als das Magdeburger Modell.

Die SPD stellt folgende Regierungsmitglieder:
Prof. Dr. Jürgen Gramke (Minister für Wirtschaft und Technologie bis 1995), Dr. Jürgen Heyer (Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr), Dr. Gerlinde Kuppe (Ministerin für Arbeit und Soziales), Dr. Manfred Püchel (Minister des Innern), Karl-Heinz Reck (Kultusminister), Dr. Helmut Rehhahn (Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Wolfgang Schaefer (Minister der Finanzen), Karin Schubert (Ministerin der Justiz), Dr. Klaus Schucht (Minister für Wirtschaft und Technologie ab 1995)

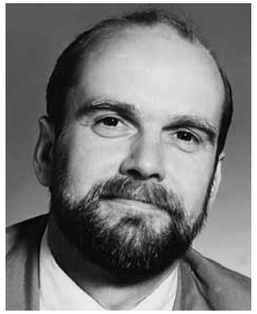
Die Abgeordneten





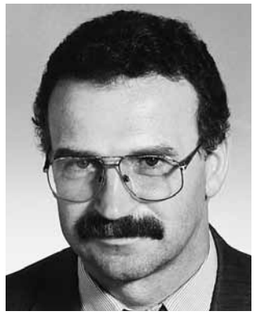
Lothar Biener
Norbert Bischoff
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Christiane Doll
Dr. Wolfgang Eichler
Wolfgang Ernst
Thomas Felke
Dr. Rüdiger Fikentscher
Ute Fischer

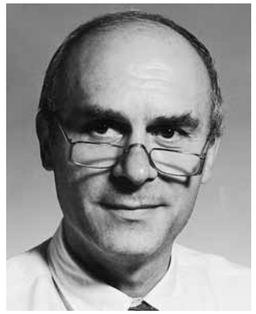
Rosemarie Hajek
Dr. Gerhard Hecht (†)
Dr. Reinhard Höppner (†)
Michael Hoffmann
Inge Kauerauf
Lutz Kühn
Dr. Gerlinde Kuppe



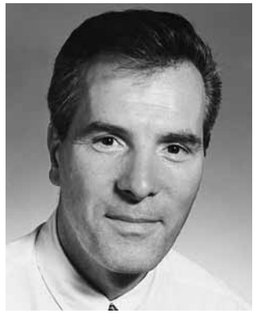
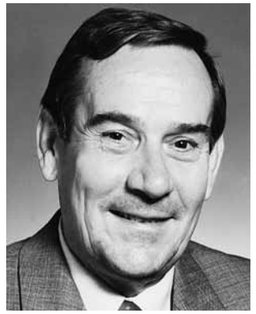
Detlev Lehmann
Anette Leppinger
Elke Lindemann

M.-Rita Mittendorf
Dr. Uwe Nehler (†)
Peter Oleikiewitz





Dr. Manfred Püchel
Hermann Quien (†)
Kurt Rahmig
Karl-Heinz Reck
Dr. Helmut Rehhahn
Hans-Christian Sachse
Wolfgang Schaefer (†)

Rüdiger Schubert
Andreas Steppuhn
Tilman Tögel
Ute Wiedemann
Dr. Karl-Heinz Wolf

Ingrid Häußler
wurde im Mai 1995
Regierungspräsidentin
im Regierungsbezirk
Halle (Saale),
ihr folgte Rainer Metke
ins Parlament.

Neuanfang und die Bildung einer Minderheitsregierung

Dr. Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 1994–2002

30. Juni 1994. Wir hatten Absprachen getroffen und unsere drei Besucher zur Straße begleitet. Auf dem Weg zurück ins Haus der Tagungsstätte in Alterode blickte mich Reinhard Höppner kurz an: „Dir ist doch klar, dass Du jetzt den Fraktionsvorsitz übernehmen musst.“ „Ja, zu diesem Ergebnis bin ich auch gekommen.“ Das war alles und hielt acht Jahre.

Vier Jahre zuvor hatte sich am Rande einer Programmsitzung in Halle etwas Ähnliches zugetragen: Wir einigten uns mit wenigen Worten auf die Spitzenkandidatur mit Aussicht auf das Amt des Ministerpräsidenten für ihn und auf meine Kandidatur für den Landesvorsitz. Das hielt zwölf Jahre.

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Rüdiger Fikentscher (vorn), die Abgeordneten Wolfgang Ernst, Dr. Uwe Nehler, Peter Oleikiewitz, Norbert Bischoff (2. Reihe v.l.), Dr. Karl-Heinz Wolf, Christiane Doll und Ute Fischer (3. Reihe v.l.) während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 2. Legislaturperiode am 21. Juli 1994.

Dem ersten Beispiel war eine knapp verloren gegangene Wahl vorausgegangen: Die CDU hatte einen Sitz im Landtag mehr und damit auch in jedem Ausschuss und das Amt des Landtagspräsidenten. Aber es gab die Möglichkeit zur Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung. Darüber ist viel gesprochen und geschrieben worden. Vieles davon ist richtig. Zuvor hatten alle zuständigen Gremien der Parteien die erforderlichen Beschlüsse gefasst, und unser kurzer Wortwechsel fand statt, nachdem unsere drei Gäste von Bündnis 90/Die Grünen den Eintritt in Koalitionsverhandlungen bestätigt hatten. Es waren Hans-Jochen Tschiche, Heidrun Heidecke und Beate Thomann.

Alles lief glatt, einschließlich der Wahl Reinhard Höppners, der – wie es die Landesverfassung zulässt – im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Da der kleinere Partner nur ein Ministerium erhalten sollte oder konnte, dazu ein Staatssekretariat für Frauen und Gleichstellungsfragen, musste wenigstens die Kabinettsrunde etwas „aufgebessert“ werden. So kam Hans-Jochen Tschiche als Fraktionsvorsitzender und stärkste Persönlichkeit der Fünf-Personen-Fraktion dazu. Und zwangsläufig auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion.

Folglich saßen wir beide vier Jahre lang in jeder Kabinettssitzung nebeneinander und tauschten uns auch über vieles andere aus. Dieser menschliche Kontakt war stets angenehm und lehrreich. Hinzu kamen die Sitzungen des Koalitionsausschusses, zu dem „unsere kleinen bunten Freunde“ oft Fachleute aus der Basis mitbrachten.

Aus dem Land und von weit her erhielten wir viel Zustimmung zu dieser als interessant und mutig angesehenen Regierungsform.

Im Koalitionsvertrag war vereinbart worden, dass die Fraktionsvorsitzenden für Mehrheiten im Landtag zuständig seien, wie auch immer das gehen sollte. Dabei war Hans-Jochen Tschiche über lange Zeit die zentrale Figur.

Der zweite Teil des Textes folgt in der 3. Legislaturperiode.

Eigene Wege gehen – Resignation überwinden

Auszüge aus der Regierungserklärung von Dr. Reinhard Höppner anlässlich der Kabinettsbildung 1994 vor dem Landtag von Sachsen-Anhalt am 8. September 1994

Am 26. Juni diesen Jahres haben sich die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts für einen politischen Wechsel in diesem Lande entschieden.
Diesem Votum ist der Landtag gefolgt, indem er mir am 21. Juli das Amt des Ministerpräsidenten übertragen hat. Ich danke allen Damen und Herren Abgeordneten, die damit den Weg für eine neue Politik freigemacht haben.
Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen. Was aber bedeutet das, wenn die Geschichte uns Chancen eröffnet, die keiner für möglich gehalten hat? Dann wird nur der den Herausforderungen gewachsen sein, der das scheinbar Unmögliche für möglich hält. Das jedenfalls ist die Erfahrung des Herbstes 1989, die wir nicht vergessen dürfen. Daraus kann und sollte uns Mut zur Zukunft erwachsen.
Freilich braucht man dazu auch einen langen Atem. Als Willy Brandt seine Politik des „Wandels durch Annäherung“ begann, da war die Deutsche Einheit ein Ziel in weiter Ferne. Trotzdem hat er damit die Einheit Deutschlands vorbereitet. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diese Einheit auszugestalten, und nach dem überraschenden Geschenk der Einheit ist heute wieder der lange Atem gefragt, der uns neue, eigene Wege in die Zukunft eröffnet.
Vieles scheint uns heute, im September 1994, wünschenswert, aber doch unmöglich zu sein. Resignation hat sich breitgemacht. Sie hat vielfältige Ursachen. Im Osten aber wurde sie geprägt durch eine Vereinigungspolitik der Bonner Koalition, die Biographien, Qualifikationen und Erfahrungen der hier Lebenden mißachtet und vielen damit das Gefühl gegeben hat, Menschen zweiter Klasse zu sein. Damit [...] wollen wir uns nicht abfinden.
Wie erschreckend tief die Resignation bereits sitzt, hat die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen bewiesen, bei denen fast jeder zweite nicht zur Wahl gegangen ist, und das [...] nachdem wir noch vor

Dr. Reinhard Höppner bei der konstituierenden Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 21. Juli 1994.

fünf Jahren unter schwierigsten Bedingungen für freie Wahlen in der DDR gekämpft haben. Das hat wohl auch damit zu tun, daß in Sachsen-Anhalt in der letzten Legislaturperiode drei Regierungen verbraucht worden sind.
Die neue Landesregierung ist angetreten, um diese Resignation zu bekämpfen und den Bürgern in unserem Land hoffnungsvolle, Mut machende, in die Zukunft weisende Wege zu eröffnen. Es muß in Sachsen-Anhalt endlich uneigennützig, kompetent, entscheidungsfreudig und damit auch vertrauensbildend regiert werden.
Die Art, wie regiert wird, entscheidet mit über den Erfolg.
Dafür haben wir in den letzten Jahren viele schlechte Beispiele erlebt. Daran brauche ich gerade hier in diesem Landtag nicht zu erinnern. Die Art, wie Kritik geübt wird, entscheidet mit darüber, ob diese Kritik dem Land nützt oder schadet.
Diese Regierung wird sich nicht durch billige Polemik,

Landtagspräsident Dr. Klaus Keitel gratuliert Dr. Reinhard Höppner zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt. Rechts im Hintergrund Landtagsdirektor Lutz Gieseler. Konstituierende Landtagssitzung am 21. Juli 1994.

gleichgültig, von welcher Seite sie kommt, davon abhalten lassen, das Beste für dieses Land zu suchen und auch zu tun.
Regieren [...] bedeutet mehr als nur verwalten, sortiert nach Ressorts und Ämtern. Es geht vielmehr um ein Höchstmaß an interdisziplinärer Zusammenarbeit eigenverantwortlicher und an den gleichen Grundzielen orientierter Menschen. Diese Politik muß den Menschen dienen. Sie darf nicht einfach von bestimmten Interessengruppen oder dem Machtkalkül von Parteien und Fraktionen diktiert werden.
Das war das Ziel des Herbstes 1989. Dieser Geist wird die Arbeit unserer Regierung weiter bestimmen.
Mit der Abgabe der heutigen Regierungserklärung möchte ich die Reformpolitik der nächsten vier Jahre skizzieren, mit der die Zukunft Sachsen-Anhalts auf ein sicheres Fundament gestellt werden soll.
Meine Damen und Herren, es wird keine Wahlkampfrede sein. [...]
Es geht um die Zukunft unseres Landes. Weil es uns um eine menschliche, um eine gerechte und solidarische Gesellschaft geht, müssen die Probleme und Sorgen der Menschen die Grundziele der Politik bestimmen.
Nichts treibt die Menschen mehr um als die Sorge um ihren Arbeitsplatz. Nichts ist deshalb dieser Regierung wichtiger, als die Menschen in Arbeit zu halten und in Arbeit zu bringen. [...] In diesem Punkt wird unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in besonderer Weise gefordert sein. Es sind aber auch die Sorgen um bezahlbare Wohnungen, die Sorge um soziale Sicherheit und die Angst vor Gewalt und Kriminalität.
Wir werden auf diese Probleme der Menschen hören und daraus für unsere Politik lernen. [...]
Ich möchte dies in den folgenden 13 Punkten darlegen.
Wir wollen mit unserer Politik Wirtschaft und Umwelt verbinden. Nicht mehr der Ost-West-Konflikt, sondern die wachsende soziale Ungerechtigkeit, der Verlust an Zukunftsperspektiven und die bedrohliche Umweltzerstörung bestimmen das Bild unserer Gesellschaft. Die Erkenntnis der Grenzen des Wachstums erfordert nicht erst seit heute eine neue Sichtweise für die Entwicklung von Wirtschaft und Technik.
In diesem Sinne ist die Ausrichtung auf die Ökologie weit mehr als Umweltschutz. Sie ist der Versuch, Wachstum und Begrenzung, Dynamik und Dauerhaftigkeit, Veränderung und Gleichgewicht in Einklang zu bringen. Nur wenn wir zum Ausgleich dieser widerstrebenden Interessen fähig sind, wenn wir mehr auf Le-

Gratulationen nach der Wahl Dr. Reinhard Höppners zum Ministerpräsidenten.

bensqualität als auf Erhöhung des Lebensstandards setzen, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, ohne dabei unsere eigenen Lebensgrundlagen weiter zu beschädigen, nur dann werden wir uns in diesem Land wohl fühlen. Um diese Interessen auszugleichen, setzen wir auf einen Grundkonsens und die Innovationskräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Eine zentrale Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes [...] hat die chemische Industrie. Es ist ein wichtiges Anliegen dieser Landesregierung, den Chemiestandort Sachsen-Anhalt zu sichern. Die Herausforderung liegt dabei in der Schaffung einer stärker umweltverträglich ausgerichteten Chemieindustrie und in der Beseitigung der Altlasten von Generationen konventioneller Chemie.

Ein erster Schritt hierzu ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft, wie sie mit dem stofflichen Recycling von Kunststoffen ebenso angegangen wird wie mit der Rückführung des Chlors aus PVC-Abfällen.

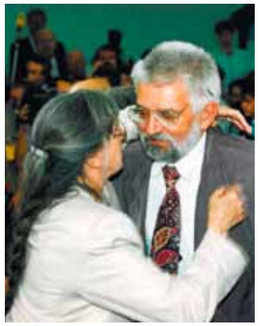
Um den Prozeß aktiv zu begleiten und die Entwicklung des Chemiestandortes zu sichern, wird die Landesregierung einen chemiepolitischen Dialog anregen, in dem Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbände den Strukturwandel in der chemischen Industrie gemeinsam voranbringen, wobei wir begleitend ein Forschungsprogramm „Chemie 2000“ unterstützen werden. [...]

Der Abgeordnete Peter Oleikiewitz, der Parlamentarische Geschäftsführer Jens Bullerjahn und Dr. Reinhard Höppner (v.l.) während der konstituierenden Landtagssitzung am 21. Juli 1994.

Der größte Belastungsfaktor für unsere Umwelt ist der übermäßige Energieeinsatz, den wir für unser alltägliches Leben und die Wirtschaftsproduktion benötigen.

Da die Braunkohle in Sachsen-Anhalt auf absehbare Zeit der wichtigste einheimische Energieträger bleibt, sind alle Anstrengungen zu fördern, die direkt oder indirekt eine ressourcenschonende und umweltfreundliche Umwandlung der Braunkohle in Strom und Wärme gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir Kraftwerkstechnologien fördern, die einen hohen Umwandlungswirkungsgrad garantieren, wie zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung, die Wirbelschichttechnologie oder die Kohlevergasung.

Unabhängig davon und auch ohne Konkurrenz zur Braunkohle möchte die Landesregierung neue Akzente in der Energiepolitik setzen. Energiewirtschaftliche und energietechnische Pilotprojekte, wie zum Beispiel Windparkanlagen oder Siedlungskonzepte mit Niedrigenergiehäusern, eignen sich übrigens auch in besonderer Weise für die regionale Wirtschaftsförderung. [...] Die Markteinführung erneuerbarer Energiesysteme wird die Landesregierung mit eigenen Fördermitteln unterstützen.



Dr. Gerlinde Kuppe und Hans-Jochen Tschiche.

Wir sind übrigens auch dort gefordert, wo die Industriegesellschaft ihre unübersehbaren Spuren in der Landschaft hinterlassen hat. In Sachsen-Anhalt betrifft dies [...] vor allen Dingen die ehemaligen Tagebaugebiete und brachliegende ehemalige Industrieflächen. Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium werden für die bisher nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen zur Revitalisierung dieser Flächen ressortübergreifend zusammenarbeiten und schlüssige Gesamtkonzepte erarbeiten. Mit der Sanierung der ehemaligen Braunkohlengebiete wird eine neue Struktur geschaffen werden.

Die Schaffung von regional gegliederten Braunkohlerekultivierungsverbänden sichert diese wirtschaftliche, soziale und ökologische Umstrukturierung langfristig ab. Dabei [...] können wir auf ideenreiche Vorarbeiten zurückgreifen, wie sie etwa im Geiseltal oder beim industriellen Gartenreich im Bauhaus Dessau bereits geleistet worden sind. [...]

Entscheidend ist es, gerade wegen der angespannten Finanzlage, die vorhandenen Mittel wirksamer einzusetzen, Prioritäten zu setzen. Politik und Wirtschaft stehen vor der Aufgabe, endlich einen sozialverträglichen, ökologisch verantwortbaren Aufschwung zu realisieren. Die vorhandenen Industriepotentiale müssen genutzt werden. Die Umwelt muß revitalisiert werden. Wir brauchen auch eine Vision für dieses Land, die neue Investoren anzieht. [...]

Wir wollen mit unserer Politik Wirtschaftsstandorte sichern. Natürlich wird sich die neue Landesregierung mit ganzer Kraft der Erhaltung der industriellen Standorte widmen. In allernächster Zukunft wird das vor allem für den Erhalt der Deutschen Waggonbau AG im Verbund und die Sicherung der Produktionsstätten in Dessau und Ammendorf gelten. Ich erwähne diesen Betrieb, weil am heutigen Tag Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Unternehmens auf ihre schwierige Situation aufmerksam machen.

Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner mit der Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Heidrun Heidecke (Bündnis 90/Die Grünen).

Das macht zugleich deutlich, daß der Erhalt industrieller Standorte nur dann ohne verheerende soziale Spannungen gelingt, wenn die Betroffenen soweit wie irgend möglich in die Überlegungen zur Zukunft ihrer Unternehmen einbezogen werden.

Es ist ein wesentliches Ziel der Regierung, im Dialog mit den Betroffenen das Vertrauen zu stärken, daß wirklich die bestmögliche Lösung im Sinne der Sicherung maximal vieler zukunftsträchtiger Arbeitsplätze gesucht wird. [...]

Die Gewerkschaften sind für uns wichtige Gesprächspartner. [...]

Über eine Reihe weiterer Unternehmen, deren Perspektive momentan noch unsicher ist, werde ich in der nächsten Woche gemeinsam mit dem Wirtschafts- und dem Finanzminister ein ausführliches Gespräch mit Treuhandpräsidentin, Frau Breuel, führen.

Darüber hinaus werden wir ein Frühwarnsystem einrichten, durch das wir rechtzeitig auf notleidende Betriebe aufmerksam gemacht werden. [...]

Wir werden mit unserer Politik über unsere Grenzen hinaus die Stärken Sachsen-Anhalts bekannt machen. Ich habe in den Wahlkampfveranstaltungen häufig beklagt, daß Sachsen-Anhalt innerhalb Europas immer noch eine unbekannte Region sei.

Das hat sich in den letzten Wochen dramatisch geändert. [...] Wir werden jetzt dafür sorgen, daß unser Land auch in wirtschaftlicher Hinsicht [...] für Investoren bekannt und interessant gemacht wird.

Erste Kontakte beweisen, daß für rational denkende Unternehmer [...] eine Rot-Grüne-Minderheitsregierung kein Schreckgespenst ist. [...]

(Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, Zweite Wahlperiode – Plenarprotokoll 2/3 – 08.09.1994)

Impressionen aus der 2. Legislaturperiode

Konstituierende Sitzung des Landtages der 2. Legislaturperiode am 21. Juli 1994. Karl-Heinz Reck, Dr. Manfred Püchel, Wolfgang Schaefer (1. Reihe v.l.), Dr. Helmut Rehhahn, Ute Wiedeman (2. Reihe v.l.).

Konstituierende Sitzung des Landtages der 2. Legislaturperiode am 21. Juli 1994. Dr. Reinhard Höppner, Heidrun Heidecke (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Gerlinde Kuppe (v.l.).

Konstituierende Sitzung des Landtages der 2. Legislaturperiode am 21. Juli 1994. Ingrid Häußler, Karl-Heinz Reck, Dr. Manfred Püchel, Wolfgang Schaefer, Dr. Gerlinde Kuppe, Dr. Rüdiger Fikentscher (1. Reihe v.l.), Dr. Helmut Rehhahn, Ute Wiedeman, Katrin Budde, Wolfgang Ernst, Dr. Uwe Nehler (2. Reihe v.l.), Detlev Lehmann, Hermann Quien (3. Reihe v.l.).

Konstituierende Sitzung des Landtages der 2. Legislaturperiode am 21. Juli 1994. Dr. Wolfgang Eichler, M.-Rita Mittendorf, Rosemarie Hajek (1. Reihe v.l.), Lothar Biener, Hans-Christian Sachse, Kurt Rahmig, Lutz Kühn, Thomas Felke (2. Reihe v.l.).

Abgeordnete der SPD-Fraktion im Juni 1996.

Blick in den umgebauten Plenarsaal im Juni 1996.

Die Männer hinter dem Magdeburger Modell: Jens Bullerjahn und Wulf Gallert, die Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD und der PDS (v.l.).

April 1998: Gruppenfoto der SPD-Fraktion mit Gästen zum Abschluss der Legislatur.

3. Legislaturperiode 1998–2002

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Dr. Reinhard Höppner.
Die SPD erhält 47 Landtagsmandate bei 35,9 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Alle 47 Landtagsmandate sind Direktmandate.

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion wird erneut Dr. Rüdiger Fikentscher.
Präsident des Landtages wird Wolfgang Schaefer.

Ministerpräsident wird erneut Dr. Reinhard Höppner in einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung.

Die SPD stellt folgende Regierungsmitglieder:
Katrin Budde (Ministerin für Wirtschaft und Technologie ab 2/2001), Matthias Gabriel (Minister für Wirtschaft und Technologie bis 2/2001), Wolfgang Gerhards (Minister der Finanzen), Dr. Gerd Harms (Kultusminister ab 12/1998), Ingrid Häußler (Ministerin für Raumordnung und Umwelt bis 4/2000), Dr. Jürgen Heyer (Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr), Konrad Keller (Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bis 4/2000, anschließend Minister für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt), Dr. Gerlinde Kuppe (stellv. Ministerpräsidentin und Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales), Dr. Manfred Püchel (Minister des Innern, außerdem ab 1/2002 Minister der Justiz), Karl-Heinz Reck (Kultusminister bis 12/1998), Karin Schubert (Ministerin der Justiz bis 1/2002), Klaus Schucht (Minister für Wirtschaft und Technologie bis 2/1999)

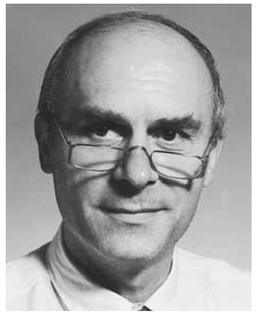
Die Abgeordneten

Jürgen Barth
Lothar Biener
Norbert Bischoff
Dr. Ronald Brachmann
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Ronald Doege
Reiner Eckel
Wolfgang Ernst
Thomas Felke

Dr. Rüdiger Fikentscher
Ute Fischer
Rosemarie Hajek
Helmut Halupka
Dr. Jürgen Heyer
Dr. Reinhard Höppner (†)
Michael Hoffmann
Burker-Wieland Jüngling
Bianka Kachel
Inge Kauerauf
Gottfried Koehn

Lutz Kühn
Dr. Gerlinde Kuppe
Anette Leppinger
Elke Lindemann
Friedel Meinecke
Rainer Metke
M.-Rita Mittendorf
Dr. Uwe Nehler (†)
Peter Oleikiewitz
Dr. Manfred Püchel
Hermann Quien (†)

Kurt Rahmig
Karl-Heinz Reck
Dr. Helmut Rehhahn
Bernward Rothe
Hans-Christian Sachse
Wolfgang Schaefer (†)
Renate Schmidt



Andreas Siegert
Marco Steckel
Michael Stier

Tilman Tögel
Ute Wiedemann
Michael Zeidler

Dr. Wolfgang Eichler
wurde im Januar 1999
zum Staatssekretär
im Kultusministerium
ernannt,
ihm folgte Krimhild
Fischer ins Parlament.

Manfred Stephan
war bis Februar 2001
Mitglied der SPD-
Fraktion, anschließend
fraktionsloser Abgeord-
neter.

Demokratischer Grundkonsens – mehr als demokratisch-fairer Umgang untereinander

Auszug aus der Rede von Wolfgang Schaefer anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten des Landtages in der konstituierenden Sitzung am 25. Mai 1998

[...] Als Präsident des Landtages bin ich verpflichtet, die Rechte aller Abgeordneten zu wahren. Dies ist ein elementarer Bestandteil unserer repräsentativen Demokratie, die den Volksvertreterinnen und Volksvertretern eine starke und unabhängige Stellung sichert.

Konstituierende Sitzung des Landtages der 3. Legislaturperiode am 25. Mai 1998. Dr. Rüdiger Fikentscher (r.) gratuliert Wolfgang Schaefer (m.) zur Wahl des Landtagspräsidenten. Links im Bild Dr. Reinhard Höppner.

Darüber hinaus verpflichtet mich der Artikel 48 unserer Verfassung, die Chancengleichheit der Opposition sicherzustellen. Dies gilt selbstverständlich unabhängig davon, wer zur Opposition gehört und welche Erfahrungen in anderen Ländern, in anderen Parlamenten mit Abgeordneten einer bestimmten Couleur gemacht worden sind.

Nach meinem Verständnis gehören zum Abgeordnetenstatus auch Pflichten, die sich aus dem Artikel 41 unserer Verfassung ergeben. Danach haben die Abgeordneten dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen.

Um dies sicherzustellen, gab es in den beiden vergangenen Legislaturperioden einen Grundkonsens in diesem Haus. Ich möchte ihn als demokratischen Grundkonsens bezeichnen. Er bedeutet mehr als demokratisch-fairen Umgang der Parlamentarier untereinander. Dieser Grundkonsens schloss beispielsweise Rassismus und überzogenen Nationalismus aus.

Zum Grundkonsens gehört es selbstverständlich auch, auf dem Boden unserer Landesverfassung zu stehen.

Die Präambel und die Artikel 4 bis 23 unserer Landesverfassung, in denen die Grundrechte verankert sind, bestimmen das Handeln des Parlaments und seiner Mitglieder.

Mir liegt sehr viel daran, daß dies auch weiterhin gilt. Ich werde deshalb mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, daß auf dieses Hohe Haus nicht der Schatten von Rassismus, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Menschenverachtung fällt, dass die Würde dieses Parlaments nicht verletzt und die Landesverfassung geachtet wird.

2. Sitzungstag des Landtages der 3. Legislaturperiode am 26. Mai 1998 kurz nach der Wahl von Dr. Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten. Sitzungsleitung: Landtagspräsident Wolfgang Schaefer (m.).

Landtagspräsident Wolfgang Schaefer.

Die vergangenen vier Jahre haben dieses Parlament unzweifelhaft gestärkt. Die Legislative hat den ihr zustehenden Spielraum innerhalb der demokratischen Gewaltenteilung voll ausgenutzt. Anders ausgedrückt: Das Parlament hat nicht nur abgenickt und kontrolliert, sondern gestaltet und so politisches Terrain zurückgewonnen.

So wie die Dinge heute stehen, werden auch in der kommenden Legislaturperiode die Mehrheiten nicht von vornherein feststehen. Sie müssen erneut in diesen Räumen nach intensiver Sacharbeit zustande kommen. Zu dieser Sacharbeit möchte ich Sie alle ermuntern. Die Landtagsverwaltung, der Präsident und die Vizepräsidenten werden Ihnen hierfür die entsprechenden Rahmen zur Verfügung stellen.

Ich darf unterstellen, daß das Wahlergebnis und damit die Zusammensetzung dieses Parlaments mich ebenso überrascht hat wie Sie. Ich darf darüber hinaus für mich persönlich sagen, daß es mir Sorge bereitet.

Sorgenvoll stimmt mich, daß ein großer Teil der Wählerschaft sich von einer Kampagne hat beeindrucken lassen, die nicht von seriösen politischen Zielen geprägt war und die platte Parole in den Vordergrund gestellt hat.

Die Empfänglichkeit für derartige Parolen, die mit den Ängsten der Menschen spielen, ist die Folge enttäuschter Hoffnungen und nicht eingelöster Versprechen, wohl weniger ein Ausdruck rechtsextremistischer Einstellungen. Gerade deshalb ist das Wahlergebnis aber nicht nur Anlaß zur Sorge und Warnsignal, sondern vor allem eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte in diesem Lande und in diesem Landtag.

Die parlamentarische Demokratie als beste aller Staatsformen muß sich immer wieder neu bewähren. Sie muß noch stärker als bisher die Menschen erreichen und von ihren Vorzügen überzeugen. Sie muß sich gleichzeitig an den in unserer Verfassung verankerten Zielen messen lassen. Ich nenne beispielhaft den in der Präambel verankerten Willen des Volkes und damit des Parlaments, die Grundlagen für ein soziales und gerechtes Gemeinschaftsleben zu schaffen sowie die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Beide Herausforderungen, demokratisches Bewußtsein zu vermitteln und auf demokratischem Wege das Land Sachsen-Anhalt weiter aufzubauen, stehen in den kommenden vier Jahren vor dem dritten Landtag von Sachsen-Anhalt. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

(Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, Dritte Wahlperiode – Plenarprotokoll 3/1 – 25.05.1998)

„Der Ausgang gibt den Taten ihren Titel“

Dr. Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 1994–2002

Dr. Rüdiger Fikentscher 1998.

– Zweiter Teil –

Die nächste Wahl änderte alles. Der kleine Partner scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde, und die SPD wurde mit weitem Abstand stärkste Fraktion. Ein Problem war die DVU, mit der niemand zusammenarbeiten wollte und konnte.

Der zweite Versuch mit einer Minderheitsregierung verlief drei Jahre lang gut. Für die Kontakte zur PDS-Fraktion war nun Jens Bullerjahn weitgehend zuständig. Alle Umfragen sahen uns stets vorn, bis wir im Laufe des Herbstes „auf die Rutsche“ gerieten. Alle Probleme des Landes lasteten auf uns, besonders auf Reinhard Höppner. Der Reiz des Neuen war weg. Die Wählerinnen und Wähler entschieden gegen uns.

Auf Grund der Stärke von Fraktion und Landesverband hätte das nicht passieren dürfen, denn wir hatten vier Jahre lang durch alle hauptamtlichen Abgeordneten des Landes und des Bundes mit ihren Büros und Mitarbeitern etwa 120 Sozialdemokraten, die, verteilt über das ganze Land, Tag für Tag für unsere Politik hätten werben können. Aber die Kraft, zuweilen wohl auch der Wille, reichte nicht aus. Dann gab es bei uns neue Strömungen, die bestimmte Richtungen in der Partei einschlagen wollten. Sie nannten sich „Neue Mitte“ und „Mansfelder Forum“, und unterschieden sich darin, ob ihre Mitglieder mehr zur Zusammenarbeit mit der CDU oder der PDS neigten. Das schränkte zwar die Regierungsfähigkeit nicht nennenswert ein, weil wir uns bei Abstimmungen stets einigen konnten, doch die übrigen Kräfte wurden dadurch nicht gestärkt. So gingen die acht Regierungsjahre, in denen der Fraktion eine zentrale Bedeutung zukam, vorüber. Der Tiefpunkt konnte lange Zeit nicht überwunden werden. Ein Trost blieb: Die Parlamentsarbeit ging weiter, und dauerhafte tiefe Zerwürfnisse blieben aus.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion während der konstituierenden Landtagssitzung der 3. Legislaturperiode am 25. Mai 1998.

Ein persönliches Wort zum Schluss: Für mich war es eine große Anerkennung und Freude, dass mich die neue Fraktion zum Landtagsvizepräsidenten vorschlug, obgleich ich auf Grund meiner Position in der SPD unser damaliges Scheitern selbstverständlich mit zu verantworten hatte. Insgesamt kann man sagen, dass wir in unserer damaligen Regierungszeit keineswegs so vieles schlecht gemacht haben, wie uns später nachgesagt wurde.

Hierfür trifft ein Satz von Goethe zu: „Der Ausgang gibt den Taten ihren Titel“. Und weil dieser schlecht war, gibt es noch immer diese Überschrift, die keineswegs die ganze Regierungszeit und die Arbeit der Fraktion in diesen schwierigen Jahren kennzeichnet, denn es wurde viel Gutes erreicht. ■

Gruppenfoto der SPD-Fraktion mit Gästen während einer Fraktionsklausur in Meißdorf im Juni 1999.

Impressionen aus der 3. Legislaturperiode

Interview mit Dr. Reinhard Höppner (2.v.r.) im MDR-Wahlstudio am Abend der Landtagswahl am 26. April 1998.

Wahlabend des 26. April 1998 im Foyer vor dem Flur der SPD-Fraktionsgeschäftsstelle. Interview mit dem Abgeordneten Wolfgang Ernst (m.).

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 3. Legislaturperiode am 25. Mai 1998.

Dr. Manfred Püchel und Dr. Reinhard Höppner (v.l.) während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 3. Legislaturperiode am 25. Mai 1998.

Nach der Vereidigung am 26. Mai 1998: Landtagspräsident Wolfgang Schaefer gratuliert Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner.

Großer Medienandrang während der Landtagssitzung am 26. Mai 1998.

26. Mai 1998. Regierungsbank der SPD-Minderheitsregierung: Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner, die MinisterInnen Dr. Gerlinde Kuppe, Karl-Heinz-Reck, Dr. Manfred Püchel und Dr. Jürgen Heyer (1. Reihe v.l.). In der hinteren Reihe sitzen der Chef der Staatskanzlei Niels Jonas und die Staatssekretäre Prof. Dr. Dieter Schimanke, Klaus Faber, Dr. Jürgen Schneider, Werner Ballhausen und Ralf Nagel (v.l.).

2002: Der Chef der Staatskanzlei Niels Jonas, Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner, Finanzminister Wolfgang Gerhards, die Abgeordnete Ute Fischer, Sozialministerin Dr. Gerlinde Kuppe, die Abgeordneten Norbert Bischoff und Dr. Helmut Rehhahn sowie Landwirtschaftsminister Konrad Keller (v.l.).

4. Legislaturperiode 2002–2006

21. April 2002: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Dr. Reinhard Höppner.
Die SPD erhält 25 Landtagsmandate bei 20,0 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Dr. Manfred Püchel gewinnt für die SPD ein Direktmandat.

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion wird zunächst Dr. Manfred Püchel,
ab 2004 Jens Bullerjahn.
Vizepräsident des Landtages wird Dr. Rüdiger Fikentscher.

CDU und FDP bilden die Regierung.

Die Abgeordneten

Norbert Bischoff
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Ronald Doege
Thomas Felke
Dr. Rüdiger Fikentscher
Krimhild Fischer
Ute Fischer
Petra Grimm-Benne
Rosemarie Hajek

Dr. Reinhard Höppner (†)
Brigitte Jahr
Bianka Kachel

Lutz Kühn
Dr. Gerlinde Kuppe
Rainer Metke

M.-Rita Mittendorf
Peter Oleikiewitz
Dr. Willi Polte

Dr. Manfred Püchel
Karl-Heinz Reck
Bernward Rothe

Renate Schmidt
Tilman Tögel

Dr. Jürgen Heyer schied im Dezember 2003 aus dem Parlament aus, dafür rückte Hans-Christian Sachse nach.

Keine Zeit für Trauerarbeit

Dr. Manfred Püchel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 2002–2004

Am Freitag vor der Landtagswahl 2002 fand im Jahrtausendturm in Magdeburg im Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder die Abschlussveranstaltung zum Landtagswahlkampf statt. Die letzten Umfragen vor der Wahl sagten zwar kein gutes Wahlergebnis voraus, jedoch war noch nicht erkennbar, welch verheerende Wahlniederlage wir einfahren würden. Die meisten von uns hofften immer noch auf ein einigermaßen gutes Abschneiden, welches uns ein Weiterregieren ermöglichen würde.

Interviews im MDR-Wahlstudio am Abend der Landtagswahl am 21. April 2002. Dr. Manfred Püchel rechts im Bild.

Wie üblich traf sich das Kabinett am Wahlnachmittag in der Staatskanzlei. Dort erfuhren wir, wie das Wahlergebnis zwei Stunden später aussehen würde, was uns regelrecht entsetzte. Wir hatten mit Vielem gerechnet, aber nicht mit einer so verheerenden Niederlage.

Reinhard Höppner ließ kurze Zeit später verlautbaren, dass er von allen politischen Ämtern zurücktreten würde.

Ich war im Vorhinein für drei Interviewtermine vorgesehen. Plötzlich hieß es dann, dass ich praktisch alle Interviewtermine wahrnehmen müsse. Für mich wurde der Abend so zu einem einzigen Stress. Ständig sollte ich erklären, warum wir bei der Wahl so schlecht abgeschnitten hatten. Ich wurde von einem Mikrofon zum anderen weitergereicht, die Kontrolle über meine Interviewtermine hatte ich schnell verloren.

Mit unserer Niederlage hatte ich schwer zu kämpfen, nicht nur, weil ich mir für die nächste Wahlperiode die Umsetzung meines Leitbildes zur Verwaltungs- und Gebietsreform vorgenommen hatte und nun befürchten musste, dass die neue Landesregierung alles rückgängig machen würde.

Am Montag nach der Wahl erklärte Rüdiger Fikentscher seinen Verzicht auf Landes- und Fraktionsvorsitz. Für den Nachmittag bat mich dann Gerhard Schröder zu sich ins Kanzleramt, um mit mir, Franz

Dr. Manfred Püchel 2002.

Müntefering und Frank-Walter Steinmeier über das weitere Vorgehen zu beraten. Schnell waren sich die drei einig, dass mir nichts übrig bleiben würde, als mich zur Übernahme beider Ämter bereit zu erklären. Mit dieser Botschaft fuhr ich dann nach Magdeburg zur Landesvorstandssitzung zurück.

Die Landes-SPD und damit auch die Landtagsfraktion waren seit Jahren in zwei Lager gespalten. Entzündet hatte sich dieser Streit an der Gretchenfrage „Wie hältst du es mit der PDS?“. Eine weitere Zementierung dieser Spaltung und weitere jahrelange Auseinandersetzungen konnten wir uns nicht leisten. Im Gegenteil: Wir mussten sehr schnell Tritt fassen und uns auf unsere neue Rolle als Oppositionspartei einstellen.

Deshalb habe ich es vom ersten Tag an als Fraktions- und Landesvorsitzender als eine meiner wichtigsten Aufgaben angesehen, die Flügelkämpfe zu beenden und Fraktion und Landesverband wieder zusammenzuführen. Als erste vertrauensbildende Maßnahme schlug ich deshalb Jens Bullerjahn, der vor dem (vorläufigen?) Ende seiner politischen Laufbahn stand, vor, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion zu bleiben. Bei denjenigen, die mir politisch sehr nahe standen, stieß mein Vorschlag auf großes Unverständnis und Kritik. Ich bat sie, die Aktivitäten der „Neuen Mitte“ in Sachsen-Anhalt nicht weiter zu forcieren, um die Lagerbildung zu überwinden.

Die Vertreter des „Mansfelder Forums“ und ihre Anhänger, die in der Fraktion die Mehrheit bildeten, schienen dies anders zu sehen und gründeten wenige Tage später die „Demokratische Linke 21“ in Sachsen-Anhalt. Kurz vor der Veranstaltung erfuhr ich davon und ging spontan hin, was die Anwesenden sehr überraschte.

Die SPD-Abgeordneten Katrin Budde, Jens Bullerjahn, Dr. Manfred Püchel (1. Reihe v.l.), Norbert Bischoff, Dr. Rüdiger Fikentscher, Krimhild Fischer (2. Reihe v.l.) und Ute Fischer (3. Reihe links) während der konstituierenden Landtagssitzung der 4. Legislaturperiode am 16. Mai 2002.

Der neue Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und die ehemaligen Minister Dr. Manfred Püchel und Dr. Jürgen Heyer während der konstituierenden Landtagssitzung am 16. Mai 2002.

Anfang Mai wurde ein neuer SPD-Landesvorstand gewählt, in dem viele neue Mitglieder – vor allem aus der kommunalen Ebene – vertreten waren. Da die Landtagsfraktion fast nur aus „alten“ Mitgliedern bestand, entstand hier ein natürliches Spannungsfeld. Der Übergang bis zur Bildung einer neuen Landesregierung brachte es im Übrigen mit sich, dass ich fast vier Wochen lang gleichzeitig Fraktionsvorsitzender, Innenminister und Justizminister war.

Für Trauerarbeit in der Fraktion blieb keine Zeit. Wir mussten uns neu ausrichten, Arbeitskreise waren zu bilden, Sprecherfunktionen zu verteilen. Auf Grund des schlechten Wahlergebnisses hatten wir viel weniger Posten zu vergeben – weniger Arbeitskreisvorsitze, weniger Ausschussvorsitze. Daneben mussten die ehemaligen Minister ihren neuen Platz in der Fraktion finden.

Die schwierigste und belastendste Aufgabe aber folgte erst danach. Auf Grund des schlechten Wahlergebnisses standen uns deutlich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, was zur Folge hatte, dass wir Personal in Größenordnungen abbau-

en mussten. Ich musste mit Mitarbeitern über die Aufhebung ihrer Arbeitsverhältnisse sprechen, mit denen ich seit der Wendezeit freundschaftlich verbunden war, die ich seit 1990 kannte oder mit denen ich in den Jahren zuvor sehr gut zusammengearbeitet hatte.

Für den Einstieg in die Oppositionsarbeit blieb uns wenig Zeit. Unser letzter Finanzminister Wolfgang Gerhards hatte wenige Tage nach der Landtagswahl dem designierten Ministerpräsidenten eine Liste mit offenen Punkten im Haushalt 2002 übergeben, die sich auf ca. eine Milliarde Euro belief. Diese Liste kannten nicht einmal die ehemaligen Kabinettsmitglieder. Die neue Landesregierung brachte bald einen Nachtragshaushalt in den Landtag ein, in welchem sie die Nettoneuverschuldung um diese eine Milliarde erhöhte – und nannte dies Eröffnungsbilanz. Noch jahrelang danach war fast jede Rede von CDU- und FDP-Vertretern mit dem Satz gewürzt: Und schuld daran ist nur die SPD.

Unter dem Jubelgeschrei der Koalition wurden sehr schnell alle Gesetze zur Verwaltungs- und Gebietsreform aufgehoben. Wie populistisch diese Aktion war, zeigte sich bereits zum Jahresende, als das kurz zuvor von CDU und FDP noch abgelehnte Landesverwaltungsamt gegründet wurde. Unter der gleichen Regierung wurde dann auch noch eine Kreisgebietsreform nach unseren alten Vorgaben beschlossen. Die CDU/SPD-Koalition setzte in der nächsten Wahlperiode auch noch die Gemeindegebietsreform dem Leitbild entsprechend um.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Manfred Püchel und Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper beim Festakt zum 10-jährigen Jubiläum der Verabschiedung der Landesverfassung Sachsen-Anhalt am 2. Juli 2002.

In der Fraktion setzte sich mehrheitlich die Linie der konstruktiven Oppositionsarbeit durch. Wie beim KiFöG konnten wir so oft Schlimmeres verhindern. Eine destruktive Fundamentalopposition konnte uns niemals unterstellt werden.

In meiner Amtszeit als Fraktions- und Landesvorsitzender nutzte ich jede freie Minute, um die SPD vor Ort wieder aufzurichten und neu zu motivieren. Dass wir in der Lage waren, wieder zu kämpfen und zu siegen, zeigte sich bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr. Hier erzielte unser Landesverband eines der besten Wahlergebnisse für die SPD bundesweit. Wir gewannen alle Wahlkreise und sogar zwei Überhangmandate. Die SPD hatte im neuen Bundestag insgesamt nur drei Sitze mehr als die CDU/CSU, Rot-Grün konnte aber weiterregieren, was vor allem dem Wahlergebnis im Osten, insbesondere auch in Sachsen-Anhalt, zu verdanken war.

Während es für die Landes-SPD politisch wieder aufwärts ging und die Partei zu alter Geschlossenheit zurückgekehrt war, hatte ich verstärkt mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Trotz mehrerer Operationen verschlimmerte sich mein altes Knieleiden zusehends, ich konnte die Schmerzen nur noch mit sehr starken Medikamenten unterdrücken. Deshalb entschloss ich mich nach längerem Überlegen, meine Ämter als Fraktions- und Landesvorsitzender im Juni 2004 niederzulegen. Ob es richtig war, beide Ämter aufzugeben, darüber könnte man heute streiten. Nicht wenige baten mich damals, wenigstens eines der beiden Ämter weiter wahrzunehmen, um die politische Stabilität und Kontinuität zu gewährleisten. Aber ich sah für mich keinen anderen Weg. ■

Impressionen aus der 4. Legislaturperiode

Die Vorsitzenden der SPD- und der CDU-Fraktion Dr. Manfred Püchel (links) und Jürgen Scharf während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 4. Legislaturperiode am 16. Mai 2002.

Konstituierende Sitzung des Landtages der 4. Legislaturperiode am 16. Mai 2002.

Festakt anlässlich des 10. Jahrestages der Verabschiedung der Landesverfassung im Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg im Juli 2002.

Gruppenfoto der SPD-Fraktion im Plenarsaal im Januar 2006.

Politik kann gestalten!

Jens Bullerjahn, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 2004–2006

Wie kann man Frust am besten abbauen?
Manche müssen einfach mal die Seele baumeln lassen und machen Urlaub, andere werden zu Extremsportlern oder hacken exzessiv Holz.
2002 war ein Jahr, wo sich bei mir einiger Frust angesammelt hatte.
Die Landtagswahl 2002 ging nach acht Jahren Landesregierung unter Führung der SPD krachend verloren. Wir hatten das Vertrauen eines Großteils der Wähler verspielt – 16 Prozent weniger als vier Jahre zuvor gaben uns ihre Stimme! Wie konnte das geschehen? Was hatten wir falsch gemacht, wie sollten wir aus dem Tief wieder herauskommen?
Das trieb mich damals um. Und ich schrieb und schrieb und schrieb ...
Was als Frustbewältigung begann, mündete ein gutes Jahr später in meinem Strategiepapier „Sachsen-Anhalt 2020“. In meiner ganz privaten schriftlichen Klausur wollte ich tabulos benennen, vor welchen Themen und Problemen unser Land stand, und ich wollte als Sozialdemokrat Lösungsansätze liefern. Bevölkerungsschwund, Überalterung, Konsolidieren der zerrütteten Landesfinanzen – da stand Einiges drin, was viele, auch in unserer Partei, nicht gern hören wollten. Auf der anderen Seite bekam ich aus der eigenen Fraktion sowie über Parteigrenzen hinweg jede Menge Anerkennung für meine Analyse und den damit verbundenen Vorschlägen für die Gestaltung der Zukunft Sachsen-Anhalts.
2004 wurde ich Chef einer SPD-Fraktion, die gerade intensiv über Ideen diskutierte, wie man aus der Opposition heraus wieder regieren könne. Wir wollten und mussten uns programmatisch neu aufstellen, um Vertrauen zurückzugewinnen. Politik kann gestalten – dieser Ansatz bestimmt mein politisches Handeln. Diesem Anspruch wollte ich auch in „Sachsen-Anhalt 2020“ gerecht werden. Das Papier passte also in die Zeit.

Jens Bullerjahn 2005.

Mir war dabei übrigens schon bewusst, dass mancher kritisch auf mich schaute. Eben noch das Magdeburger Modell offensiv mitgestaltet, nun mit deutlicher inhaltlicher Abgrenzung zur damaligen PDS – nicht jeder wollte mir meine Thesen und Ideen als Ergebnisse einer klaren und schonungslosen Analyse abnehmen.
Mit dem Blick zurück halte ich übrigens die Entstehung des Papiers „Sachsen-Anhalt 2020“ für den Beweis, dass man aus der Opposition heraus durchaus Konzepte für die Zukunft eines Landes entwickeln kann.
Wer allerdings nach der Wahlniederlage 2002 an ruhigere Jahre des „Wiederaufrappelns“ und „Neuformierens“ für die Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt glaubte, sah sich schnell eines Besseren belehrt.
Landespartei- und Fraktionschef Manfred Püchel trat im Juni 2004 überraschend zurück – Bullerjahn führte fortan und ganz plötzlich die Fraktion im Landtag. Bedenkzeit dafür hatte ich nicht. Auch ich hatte als damaliger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD erst einen Tag vorher vom Rücktritt und den damit verbundenen personellen Veränderungen erfahren.
Wieder einige Monate später kam es zu vorgezogenen Neuwahlen auf Bundesebene, auch das brachte uns Sozialdemokraten hierzulande in Wallung. Mit ruhiger Hand und besonnen Stimmen für die SPD einwerben, hieß die Botschaft damals von Gerhard Schröder und Franz Müntefering an den Fraktionschef in Magdeburg.
Als ich dann nicht einmal ein Jahr lang Fraktionschef war, wurde ich sogar Spitzenkandidat meiner Partei zur anstehenden Landtagswahl 2006.
Wenn ich heute daran zurückdenke, frage ich mich mitunter, woher ich damals das Selbstbewusstsein und die Kraft nahm, wie ich dies alles unter einen Hut bekommen konnte: Führen der Fraktion, überhaupt Parteiarbeit auf vielen Ebenen und dann auch noch das Ziel, 1. Mann in Sachsen-Anhalt zu werden ...
Gereicht hat es 2006 (und später 2011) nicht, die Ergebnisse sind bekannt.
Dennoch waren das wichtige Erfahrungen in meinem politischen Leben.
Als Seiteneinsteiger 1990 eher durch Zufall in die Politik gekommen, wurde ich später dienstältester Parlamentarischer Geschäftsführer einer SPD-Landtagsfraktion in Deutschland. Danach folgten die für mich höchst intensiven Jahre als Fraktionsvorsitzender (von 2004 bis 2006) und zwei Mal als Spitzenkandidat bei Landtagswahlen.
Sehr oft kamen die Anstöße von außen; ich hatte nie einen festen Karriereplan in meiner Zeit als Politiker. Heute bin ich dienstältester deutscher Finanzminister – ruhige Jahre sehen vermutlich anders aus.
Auch für meine Fraktion war das eine sehr angespannte Zeit. Leicht haben wir es uns nicht gemacht. Aber es gibt keinen Abschnitt, den ich dabei wirklich missen möchte. Obwohl mir mancher, vor allem wenn es Kritik hagelte, die Frage stellte: Warum tust Du Dir dies alles an?
Auf der einen Seite war es für mich natürlich Verpflichtung – ich habe mich nie vor Aufgaben gedrückt. Auf der anderen Seite reizte es mich stets aufs Neue, Politik und damit die Zukunft des Landes mit zu gestalten.
Das waren keine einfachen Jahre. So ist nun einmal Politik. Und das wird sich auch in den kommenden Jahren sicher nicht ändern – im Gegenteil. Der nächsten Politiker-Generation sei gesagt: Politikmachen wird nicht einfacher. Vor allem nicht in einer Gesellschaft, die in vielen Bereichen – so in den Medien – oberflächlicher wird, die sich immer weniger Zeit nimmt, bei wichtigen Themen innezuhalten und zu diskutieren.
Und trotzdem ist Politik eine reizvolle Aufgabe. Jeder Politiker hat eine immense Verantwortung. Natürlich ist man auch zufrieden, wenn man schwierige Herausforderungen gemeistert hat.
Wir als SPD haben in Sachsen-Anhalt einiges erreicht. Ich bin stolz, meinen Anteil dazu beigesteuert zu haben. ■

2006: Der Parlamentarische Geschäftsführer Norbert Bischoff, der Fraktionsvorsitzende Jens Bullerjahn, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katrin Budde und Krimhild Fischer, der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik Bernward Rothe und Landtagsvizepräsident Dr. Rüdiger Fikentscher (v.l.).

Jens Bullerjahn, Norbert Bischoff und Katrin Budde 2005 (v.l.).

5. Legislaturperiode 2006–2011

26. März 2006: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Jens Bullerjahn.
Die SPD erhält 24 Landtagsmandate bei 21,4 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Rüdiger Erben und Dr. Manfred Püchel gewinnen für die SPD zwei Direktmandate.

Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion wird Katrin Budde.
Vizepräsident des Landtages wird erneut Dr. Rüdiger Fikentscher.

Die SPD wird Juniorpartner in einer großen Koalition mit der CDU.

Die SPD stellt folgende Regierungsmitglieder:
Norbert Bischoff (Minister für Gesundheit und Soziales ab 12/2009), Jens Bullerjahn (stellv. Ministerpräsident und Minister der Finanzen), Holger Hövelmann (Minister des Innern), Prof. Dr. Angela Kolb (Ministerin der Justiz), Dr. Gerlinde Kuppe (Ministerin für Gesundheit und Soziales bis 12/2009)

Die Abgeordneten

Ralf Bergmann
Norbert Bischoff
Norbert Born
Dr. Ronald Brachmann
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Ronald Doege
Thomas Felke
Dr. Rüdiger Fikentscher
Krimhild Fischer

Matthias Graner
Petra Grimm-Benne
Nadine Hampel
Dr. Gerlinde Kuppe
Gerhard Miesterfeldt
M.-Rita Mittendorf
Dr. Manfred Püchel

Corinna Reinecke
Bernward Rothe
Silke Schindler

Renate Schmidt
Dr. Verena Späthe
Tilman Tögel

Rüdiger Erben wurde im Mai 2006 zum Staatssekretär im Innenministerium berufen und schied aus dem Landtag aus. Ihm folgte Jürgen Barth ins Parlament.

Umbau des Plenarsaals – Vorbereitungen für den Medienrummel

Das Wahlstudio am Abend des 26. März 2006

Prof. Karl-Heinz Paqué (FDP), Wulf Gallert (Die Linke), der damalige Chefredakteur des Mitteldeutschen Rundfunks Wolfgang Kenntemich und SPD-Spitzenkandiat Jens Bullerjahn (v.l.)

Der Juniorpartner als Motor

Katrin Budde, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 2006–2016

© Viktoria Kühne

Katrin Budde 2011.

Der Wahlabend der Landtagswahl 2006 hatte drei Gewissheiten gebracht. Erstens: Schwarz-gelb war abgewählt. Zweitens: Die SPD war Dritte geworden. Drittens: Die Sozialdemokratie würde wieder regieren. An ihr führte kein Weg bei der Regierungsbildung vorbei.

Insgesamt war das nur bedingt ein Grund zum Feiern. Die Wahl eines PDS-Ministerpräsidenten war vier Jahre nach der Wahlniederlage von 2002 undenkbar, daher war der Weg in die erste Große Koalition des Landes vorgezeichnet. Was in einer Demokratie theoretisch immer möglich ist – in der bundesdeutschen ohnehin – war in diesem Fall mit einer gewissen Gewöhnung in der Praxis verbunden. Die Tatsache, dass Regierungswechsel bis dahin immer mit der Komplettabwahl einer der beiden angehenden Partner verbunden war, hatte zu einer gewissen Unversöhnlichkeit in der politischen Kultur geführt. Da brauchte es zu Beginn der Koalitionsverhandlungen ein paar Momente, bis eine Gesprächsatmosphäre entstanden war, in der wir auf Augenhöhe verhandeln konnten. Politisch am schwersten war die Tatsache, dass die CDU ihre Regierungstätigkeit der vorherigen vier Jahre nicht antasten wollte. Das betraf so wichtige Bereiche wie das Kinderförderungsgesetz, das Schulgesetz oder das sperrige Investionserleichterungsgesetz.

Am Ende konnten wir trotzdem einen vernünftigen Koalitionsvertrag aushandeln. Das Regierungsteam der SPD nahm am Kabinettstisch Platz und die Fraktion wählte mich zu ihrer – übrigens ersten weiblichen – Fraktionsvorsitzenden, ein Vertrauen, das mich bis heute freut und ehrt. Wir haben gemeinsam die Ärmel hochgekrempelt und sind wieder an die Arbeit gegangen. Nach vier Jahren Abstinenz war es schön, wieder eine reale Gestaltungskraft zu haben. Franz Müntefering hat eben doch Recht, wenn er sagt, dass Opposition Mist sei, jedenfalls, wenn es einen nicht so sehr zufriedenstellt, dass die eigenen Anträge und Initiativen im Parlament nur für die Galerie sind.

Vizepräsident Dr. Rüdiger Fikentscher und die SPD-Fraktionsvorsitzende Katrin Budde während einer Landtagssitzung im Juni 2006.

Weil dieser sozialdemokratische Gestaltungsanspruch allerdings so fast gar nicht zur christdemokratischen Regierungswirklichkeit passte, war eine meiner ersten und auch dauernden Aufgaben die, den Ministerpräsidenten Böhmer davon zu überzeugen, dass eine SPD-Fraktion in Regierungsverantwortung genauso wenig zur Galeristin taugt.

Um es vorweg zu nehmen: Es ist uns immer gelungen, einen gemeinsamen Weg zu finden. Aber ein Ministerpräsident, der viele Jahre Chefarzt war, für den war es sicher auch nicht selbstverständlich, mit einer Fraktionsvorsitzenden verhandeln zu müssen. Wie es im Übrigen für keinen Ministerpräsidenten (und ich kenne seit der Gründung unseres Bundeslandes 1990 alle Ministerpräsidenten) einfach war und ist, zu verstehen, dass wir eine parlamentarische Demokratie haben. Und das heißt, das Parlament hat das letzte Wort und nicht die Regierung.

Politisch-inhaltlich führte jedoch kein Weg daran vorbei, dass die SPD zum Motor der Koalition wurde. Sämtliche Reformvorhaben der 5. und 6. Legislaturperiode – inklusive des damit hin und wieder verbundenen Ärgers – gingen auf unser Konto. Ich erinnere dabei an die gemeinsam beschlossene Gemeindegebietsreform, gegen die die CDU am Ende sogar einen aus Magdeburg organisierten landesweiten Kommunalwahlkampf geführt hat.

Die größte Herausforderung in der 5. Legislaturperiode war – nein, nicht das Hundegesetz – sondern die Finanz- und Wirtschaftskrise. Ich bin bis heute froh, dass in Magdeburg und in Berlin Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am Werke waren, die der Krise sowohl in Bezug auf die Maßnahmen zur Stützung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen wie in Bezug auf den Umgang mit den öffentlichen Haushalten mit Verstand und Vernunft begegnet sind. Hätten wir damals die Rezepte ausprobiert, die heute Griechenland verordnet werden, wäre Sachsen-Anhalt nicht so gut durch die Krise gekommen.

© Jens Schlüter

Gruppenfoto im Plenarsaal: die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion im Februar 2011.

Gerhard Miesterfeldt, Krimhild Fischer, Petra Grimm-Benne, Katrin Budde (1. Reihe v.l.), Tilman Tögel, Thomas Felke, Dr. Ronald Brachmann, Dr. Rüdiger Fikentscher (2. Reihe v.l.), Ralf Bergmann, Bernward Rothe, M.-Rita Mittendorf, Corinna Reinecke, Jürgen Barth (3. Reihe v.l.), Silke Schindler, Dr. Gerlinde Kuppe, Nadine Hampel, Matthias Graner, Renate Schmidt (4. Reihe v.l.), Norbert Bischoff, Jens Bullerjahn, Dr. Manfred Püchel, Ronald Doege, Dr. Verena Späthe und Norbert Born (5. Reihe v.l.).

Der zweite Teil des Textes folgt in der 6. Legislaturperiode.

Impressionen aus der 5. Legislaturperiode

Die Abgeordenten der SPD-Fraktion während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 5. Legislaturperiode am 24. April 2006. In der ersten Reihe die Fraktionsvorsitzende Katrin Budde, Norbert Bischoff und Jens Bullerjahn (v.l.).

Vizepräsident Dr. Rüdiger Fikentscher während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 5. Legislaturperiode am 24. April 2006.

Die SPD-Abgeordenten Krimhild Niestädt, Katrin Budde, Norbert Bischoff und Jens Bullerjahn (1. Reihe v.l.), Tilman Tögel (2. Reihe), Bernward Rothe und Silke Schindler (3. Reihe) während der konstituierenden Sitzung des Landtages der 5. Legislaturperiode am 24. April 2006.

Konstituierende Landtagssitzung am 24. April 2006: Die SPD-Abgeordneten Dr. Gerlinde Kuppe, Norbert Born, Bernward Rothe, Corinna Reinecke und Silke Schindler (v.l.) gratulieren dem Landtagspräsidenten Dieter Steinecke zu seiner Wahl.

Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Jens Bullerjahn am Rande der konstituierenden Landtagssitzung am 24. April 2006.

Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung am 24. April 2006. Der SPD-Landesvorsitzende Holger Hövelmann, der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel (vorn v.l.), dahinter Jens Bullerjahn, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Jürgen Scharf und Karl-Heinz Daehre (v.l.).

Die Landesregierung 2006: Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Finanzminister Jens Bullerjahn (1. Reihe v.l.), Dr. Karl-Heinz Daehre (Landesentwicklung u. Verkehr), Dr. Petra Wernicke (Landwirtschaft u. Umwelt), Prof. Dr. Angela Kolb (Justiz) (2. Reihe v.l.), Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz (Kultus), Rainer Robra (Chef der Staatskanzlei), Rainer Haseloff (Wirtschaft), Holger Hövelmann (Innen) (3. Reihe v.l.).

Die SPD-Abgeordneten während einer Landtagssitzung im Juli 2007.

6. Legislaturperiode 2011–2016

20. März 2011: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
Spitzenkandidat der SPD ist Jens Bullerjahn.
Die SPD erhält 26 Landtagsmandate bei 21,5 Prozent der Stimmenanteile insgesamt.
Jens Bullerjahn gewinnt für die SPD ein Direktmandat.

Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion wird erneut Katrin Budde.
Vizepräsident des Landtages wird Gerhard Miesterfeldt.

CDU und SPD bilden erneut eine große Koalition.

Die SPD stellt folgende Regierungsmitglieder:
Norbert Bischoff (Minister für Arbeit und Soziales), Jens Bullerjahn (stellv. Ministerpräsident und Minister der Finanzen), Stephan Dorgerloh (Kultusminister), Prof. Dr. Angela Kolb (Ministerin für Justiz und Gleichstellung)

Die Abgeordneten

Jürgen Barth
Ralf Bergmann
Norbert Bischoff
Norbert Born
Dr. Ronald Brachmann
Katrin Budde
Jens Bullerjahn
Rüdiger Erben
Thomas Felke
Krimhild Niestädt

Matthias Graner
Petra Grimm-Benne
Nadine Hampel
Holger Hövelmann
Prof. Dr. Angela Kolb
Gerhard Miesterfeldt
M.-Rita Mittendorf

Ronald Mormann
Dr. Katja Pähle
Corinna Reinecke

Bernward Rothe
Silke Schindler
Dr. Verena Späthe

Andreas Steppuhn
Tilman Tögel
Patrick Wanzek

Keine neue politische Konstellation, aber neue inhaltliche Vorhaben

Katrin Budde, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt 2006–2016

Katrin Budde im Mai 2011.

– Zweiter Teil –

Die 6. Legislaturperiode brachte keine neue politische Konstellation, wohl aber neue inhaltliche Vorhaben. Die CDU konnte im Koalitionsvertrag ihre Blockadehaltung nicht mehr verteidigen. Damit war der Weg frei für zwei zentrale sozialdemokratische Vorhaben: das längere gemeinsame Lernen mit der Gemeinschaftsschule und die Rückkehr zum Ganztagsanspruch im Kinderförderungsgesetz. Beides hatten wir uns seit fast einem Jahrzehnt auf die Fahnen geschrieben und nun endlich umgesetzt. Hinzu kamen das Vergabegesetz und das Novum, dass Sachsen-Anhalt eine ganze Legislaturperiode ohne neue Schulden ausgekommen ist. All diese Dinge haben wir realisiert, auch wenn der Weg dahin nicht immer einfach war.

Das lag auch am Koalitionspartner, bei dem der Ministerpräsident sehr um den Zusammenhalt der Koalition bemüht ist, dessen Fraktion aber bisweilen gewisse Fliehkräfte entfaltet. Am Ende ist es da wohl wie beim Autofahren: Man kommt ans Ziel, solange der Motor nicht stottert, da kann ruhig mal ein Stück von der Karosse auf der Strecke bleiben.

Was uns als Motor übrigens so langlebig macht, ist der Zusammenhalt in der Fraktion. Ich bin froh, die Vorsitzende dieses tollen Teams zu sein. Das ist nicht immer selbstverständlich.

Insofern blicke ich gelassen auf die nächsten 25 Jahre. Die werden wir auch gut packen. ■

Die SPD-Abgeordneten Krimhild Niestädt, Rüdiger Erben, Petra Grimm-Benne und Katrin Budde während einer Landtagssitzung im November 2011 (1. Reihe v.l.).

Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung am 18. April 2011. Jens Bullerjahn, Katrin Budde, Thomas Webel und Dr. Reiner Haseloff (v.l.)

Impressionen aus der 6. Legislaturperiode

Blick in den Plenarsaal im Dezember 2013. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion sitzen im mittleren Block.

Aufgrund von Bauarbeiten im Plenarsaal im Landtagsgebäude musste das Parlament im ersten Halbjahr 2014 für fünf Sitzungsperioden in die Magdeburger Johanniskirche ausweichen.

© Frank Drechsler

Festveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion anlässlich 25 Jahre Sachsen-Anhalt im Landtagsrestaurant am 9. Oktober 2014. Im Podium: Dr. Willi Polte, Waltraut Zachhuber, Gerhard Miesterfeldt und Katrin Budde (v.l.).

Die Landesregierung 2013: H. Möllring (Wissenschaft u. Wirtschaft), Prof. Dr. A. Kolb (Justiz u. Gleichstellung), Ministerpräsident Dr. R. Haseloff, J. Bullerjahn (Finanzen) (1. Reihe v.l.), Dr. H.-O. Aeikens (Landwirtschaft u. Umwelt), Th. Webel (Landesentwicklung u. Verkehr), N. Bischoff (Arbeit u. Soziales), H. Stahlknecht (Inneres u. Sport), St. Dorgerloh (Kultus), R. Robra (Chef der Staatskanzlei) (2. Reihe v.l.)

© Viktoria Kühne/Bilddatenbank Sachsen-Anhalt

25 Jahre Parlament in Sachsen-Anhalt

Gerhard Miesterfeldt, Vizepräsident des Landtages in der 6. Legislaturperiode

Ein achtjähriges Kind fragt mich: „Was machst du eigentlich in dem Landtag?“ Tage später schiebt ein Mittdreißiger nach: „... und verdienst du da nicht viel zu viel Geld?“
Wozu brauchen wir ein Parlament? Was ist es der Gesellschaft wert? Wer sollte die Plätze im Landtag einnehmen? Wer nimmt sie ein?

Die Verfassung unseres Landes beschreibt die Aufgaben der Volksvertretung kurz und bündig: Sie übt die gesetzgebende Gewalt aus. Sie beschließt den Landeshaushalt. Sie wählt den Ministerpräsidenten und Mitglieder anderer staatlicher Institutionen. Sie überwacht die vollziehende Gewalt. Sie verhandelt öffentliche Angelegenheiten.

Das Wort Parlament entstammt einem altfranzösischen Wort, welches sprechen, sich unterhalten bedeutet. Die Volksvertreter müssen mit dem Volk und ihren Kolleginnen und Kollegen in ständiger Kommunikation leben. Eine „Quatschbude“ sollte es bei seinen öffentlichen Verhandlungen nicht werden.

Vizepräsident Gerhard Miesterfeldt im Sommer 2015 in seinem Büro.

© Jens Schlüter

Das Präsidium des Landtages von Sachsen-Anhalt im September 2013: Vizepräsident Gerhard Miesterfeldt, Präsident Detlef Gürth (CDU) und Vizepräsidentin Dr. Helga Paschke (Die Linke) (v.l.).

Der Souverän aber ist das wählende Staatsvolk. Das Demos macht die Demokratie aus. Es richtet sie auf, gestaltet sie oder lässt sie untergehen. Der Gang zur Wahlurne ist dabei eigentlich die geringste aber sehr ausschlaggebende Übung. Die Demokratie lebt nicht von zuschauenden Kunden, sondern von handelnden Mittätern.

Dabei haben wir uns in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt für die repräsentative Demokratie entschieden. Wichtige Zutaten sind das Petitionsrecht, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide.

Eine zunehmend wichtige Herausforderung der Parlamente ist die Selbsterklärung; eben: Was macht ihr da? Und wie macht ihr es? Wie kommt ein Abgeordneter ins Hohe Haus? Welchen Einfluss hat der Souverän darauf? Warum kann ein Wahlprogramm in einer Koalition nicht zu 100 % umgesetzt werden? Haben Politiker dann gelogen? Wie arbeiten Koalitionen, Ausschüsse, Fraktionen und ihre Arbeitskreise? Ist ein Abgeordneter, der immer im Plenum sitzt, ein fleißiger Volksvertreter? Warum sind Untersuchungsausschüsse ein besonders für die Opposition wichtiges demokratisches Instrument?

In 25 Jahren haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landtag von Sachsen-Anhalt sich diesen Aufgaben gestellt. Sie wurden in freier, gleicher, allgemeiner, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt; ganz gleich ob direkt oder über Listen. Viele von uns sind dafür 1989 auf die Straße gegangen.

Es gab Wahlsiege, Beinah-Siege und Niederlagen. Es wurde mitunter mit zwei oder mehreren Flügeln geflogen, gekämpft und gestritten. Für den Streit will ich eine Lanze brechen, denn er gehört zur Demokratie wie die Luft zum Atmen. Die Auseinandersetzung um die beste Lösung ist wesentlicher Bestandteil einer Fraktion wie auch des gesamten Parlaments.

Den demokratischen Parteien und letztlich dem Volk obliegt die Verantwortung, menschlich und fachlich qualifizierte Bürgerinnen und Bürger zu nominieren und zu wählen. Diese sind dann auch ihre „Diäten“ wert.

„Wir sind das Volk.“ „Wir sind das Parlament.“ Beide Sätze sollten Ausdruck eines gesunden, demokratischen Selbstbewusstseins sein. ■

Landtagssitzung im Oktober 2011 unter der Sitzungsleitung von Vizepräsident Gerhard Miesterfeldt. Am Rednerpult der SPD-Abgeordnete Rüdiger Erben.

Impressum

Herausgeber
SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 – 9 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 3005
E-Mail: fraktion@spd.lt.sachsen-anhalt.de
Internet: www.spd-lsa.de

Zusammenstellung/Gestaltung
Corinna Domhardt

Fotos
SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
Landtag von Sachsen-Anhalt / Archiv
Werner Klapper

September 2015

Domplatz 6-9
Sachsen-Anhalt